



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 3. Juli 2017**,
in der Welser Stadthalle stattgefunden

16. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr.
Ende der Sitzung: 18.30 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 15. Sitzung des Gemeinderates vom 29.5.2017 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 22. Juni 2017 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Bgm. Dr. Rabl: Der Beteiligungsbericht 2016 der Stadt Wels liegt bei den Fraktionsvorsitzenden und den NEOS zur Einsichtnahme durch alle Gemeinderatsmitglieder auf. Ich ersuche sie von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Alle Gemeinderäte haben damit entsprechende Informationen über Beteiligungen der Stadt Wels, sofern sie nicht fraktionell in den Aufsichtsräten vertreten sind.

Aktuelle Stunde

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „Islamvereine“ bekanntgegeben.

Vzbgm. Kroiß: In der letzten Zeit wurde sehr viel über den Islam, Radikalismus und über gefährliche Strömungen gesprochen. Darüber wurde in den Medien berichtet. Als Sicherheits- und Integrationsreferent möchte ich heute in der Aktuellen Stunde dieses Thema ansprechen.

Durch das Projekt „Monat für Respekt und Toleranz“, durch das ausgezeichnet besuchte Fest der Kulturen und durch laufende Gespräche mit Vertretern der Migrantenvereine kann ich sagen, dass die Stadt Wels und die zuständigen Mitarbeiter einen sehr guten Kontakt zu einem Großteil der Migrantenvereine haben. Leider – das muss ich durchaus eingestehen – gibt es einige wenige Vereine, bei denen es sehr schwer ist, wenn nicht überhaupt unmöglich in Kontakt zu kommen, weil sie keine Einladungen folgen.

Die Anschläge in Europa sorgen auch dafür, dass die Welser Bevölkerung durchaus verunsichert ist und manche Personen kritisch Menschen mit bodenlangen Kleidern, Gesichtsschleiern, weißer Kopfbedeckung, weißen Hosen und langen Hemden beobachten. Natürlich gibt es auch in Wels Frauen mit einer Burka, die selbst bei heißesten Temperaturen dieses Kleidungsstück tragen. Diesbezüglich bekomme ich

immer wieder Anrufe. Diese Menschen werden durch die Anschläge stigmatisiert und genau von ihrer Umgebung, von ihren Nachbarn, Freunden und Kollegen beobachtet.

Eines möchte ich klarstellen: Nicht jeder, der sich streng gläubig kleidet, ist ein Verdächtiger, plant etwas oder will Böses. Es gilt einfach zu unterscheiden und herauszufiltern, lehnt jemand unser demokratisches System ab bzw. will er das sogar unterwandern. Wir sagen klar und deutlich: Wels braucht keine Hassprediger wie Pierre Vogel oder Sheikh Abu Anas. Wir brauchen auch keine Verteil- oder sonstige Aktionen. Wir und die Welser Bevölkerung wollen keine Verunsicherer. Wir wollen in der Stadt keine Plattform, kein Forum für jene, die sich nicht an Demokratie halten in unserem Land, in unserer Stadt, die unser Zusammenleben stören wollen.

Anlässlich des Türkischen Referendums Mitte April sprach ich mit vielen Menschen, speziell mit türkischem Migrationshintergrund - alle haben diese Balkanveranstaltung außerhalb der Türkei abgelehnt. Auch sie sagten wir wollen in Österreich, wir wollen in Wels friedlich leben.

Es gibt aber auch Vereine in Wels, die sich nicht öffnen und integrieren wollen. Das ist einmal der Verein Markatz, dessen Mitglieder sich zur Gemeinschaft Dar ul-Ulum bekennen. Das bedeutet einfach eine Rückkehr zu den Wurzeln des Islam, eine starke negative Haltung gegenüber dem Westen. Der Moslem ist zuerst seiner Religion und dann erst dem Staat verpflichtet, in dem er lebt. Das kann und darf es in der heutigen Zeit, in der heutigen Gesellschaft bei uns nicht geben. Dieser Verein kaufte vor rund drei Jahren Räumlichkeiten Am Rosenhag, wollte darin ein Vereinslokal eröffnen. Die Baubehörde musste das untersagen, sehr zur Erleichterung der dortigen Anrainer und Wohnungseigentümer. Der Verein versucht diese Räume zu verkaufen, nutzt sie einstweilen nur noch für Besprechungen, was wiederum die Nachbarn alarmiert - die Beobachtungen werden an uns herangetragen. Auch hier sage ich dazu, wenn es Taxis gab mit Aufklebern von arabischen Schriftzeichen, die durch Wels fahren, so ist das für ein positives Image dieser Community sicher kein Vorteil. Das sagen mir gerade Menschen mit Migrationshintergrund, die eine solche Zurschaustellung mehr als peinlich oder sogar für gefährlich halten.

Aber es gibt auch noch einen zweiten Verein, wo wir glauben, dass sich dieser in keiner Weise öffnen will. Die Mitglieder wollen sich nicht integrieren. Durch sehr prominente Gäste kommt dieser immer wieder in die Medien. Nicht nur in Österreich sondern auch in Deutschland. Dieser Verein ist in der Bahnhofstraße angesiedelt, auf der Ostseite der Neustadt. Dort war schon Pierre Vogel, ein verurteilter deutscher Islamist, als Redner und auch Sheikh Abu Anas. Auch hier sagen wir, das darf es in unserer Gesellschaft heute nicht geben.

Es gibt noch einige Aufgaben zu erfüllen bzw. sind einige Punkte bereits in Auftrag gegeben. Ich werde die bisher schon sehr intensiven Kontakte mit dem Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung und der Polizei in dieser Richtung noch mehr verstärken. Wir vereinbaren gerade einen Termin mit dem Landespolizeidirektor, der uns aus erster Hand berichten wird, in welchem Bereich wir uns noch besser abstimmen können.

Es wird weitere Gespräche mit den Jugendbetreuern in den Jugendbüros geben, die bereits in den letzten Jahren zur Thema Radikalisierung aufgeklärt wurden, um herauszufinden welcher Bedarf hier noch besteht.

Natürlich wurde auch die Ordnungswache beauftragt bei ihren Rundgängen und Rundfahrten besonders wachsam zu sein. Ich werde jedoch die Ordnungswache nicht 24 Stunden vor Ort abstellen, das hat meiner Meinung nach keinen Sinn.

Wir wollen in Wels ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander – darauf werden wir achten.

StR. Lehner: Im Rahmen meiner Zuständigkeit möchte ich mich auf die Widmungsfrage beschränken. Wir sahen beim Objekt Am Rosenhag, dass die Behörde sehr sorgfältig vorgeht und wirklich auf die Einhaltung der Widmungen achtet, um die umliegende Bevölkerung zu schützen. Das gilt genauso für Betriebsbaugebiete als auch für Sonderwidmungen, wie sakrale kirchliche Einrichtungen usw.

Wenn eine Moschee, ein Veranstaltungszentrum nicht nur einen regionalen Bedarf erfüllt, bedarf dies einer konkreten Widmung. Diese Widmung liegt Am Rosenhag nicht vor. Ein Dank an die zuständige Behörde für das sehr sorgfältig und genau abgewickelte Verfahren. Über den Verein gab es aus der Nachbarschaft zu Recht Beschwerden.

Die Baubehörde informierte den Verein, dass keine baulichen Maßnahmen erlaubt sind, weil die erforderliche Widmung nicht vorliegt. Die Widmungsfrage sollten wir uns bei anderen Moscheen sehr genau anschauen, weil es wichtig ist einerseits die kirchlichen Organisationen zu schützen, welche die entsprechenden Widmungen haben, andererseits die Abstände und Regelungen zu den Bewohnern im Umfeld klar zu definieren. Es spielen ja nicht nur Lärmfragen eine Rolle, ebenso der Verkehr und andere Themen, die im Rahmen einer Widmung diskutiert werden. Daher ein klares Bekenntnis zu den Behörden, die hier gute Arbeit leisten. Danke dafür.

GR. Mag. Simunovic: Es fällt mir ganz schwer nachzuvollziehen, worum es in dieser Aktuellen Stunde überhaupt geht. Seit der letzten Wahl sind einige Monate vergangen und ich kann mich nicht erinnern, dass wir dieses Thema im Integrationsausschuss oder in einem anderen Ausschuss behandelt hätten. Ich würde es mir wünschen, uns mit diesem Thema ernsthaft auseinanderzusetzen und eine Diskussion zu führen, die die Situation in Wels verbessern kann und ein Zusammenleben aller Menschen ermöglichen soll. Auch wir wünschen uns ein friedliches Zusammenleben in der Stadt Wels.

Aber was ist die Intention für diese heutige Diskussion? Ich vermute dieses Thema wurde aufgrund der bevorstehenden Wahl gewählt. Was soll der Gemeinderat heute beschließen, damit die Lage sich verbessert? Der Ausschuss und die zuständigen Behörden sollen sich damit auseinandersetzen. Seit der letzten Gemeinderatswahl beauftragten wir eine Studie, die jedoch noch nicht fertiggestellt ist. Diese Studie sollten wir uns gemeinsam anschauen, eventuell Experten aus den verschiedensten Bereichen holen, um eine sinnvolle Lösung oder Vision zu finden, wie in dieser Stadt mit dieser oder ähnlichen Gruppen umzugehen ist.

Dass wir als SPÖ-Fraktion auch keine extremen Varianten brauchen, darauf können sie sich verlassen. Meinen Beitrag schließe ich mit einem Zitat: „Für mich ist diese Diskussion ein reines Politikum und nicht nachvollziehbar.“ sagt Stadtpolizeikommandant Klaus Hübner. Was tatsächlich der Anlass ist, hoffe ich noch zu erfahren. Bei der nächsten Ausschusssitzung werden wir mit Sicherheit ernsthaft darüber sprechen.

GR. Mag. Teubl: Was an dieser Aktuellen Stunde aktuell ist, ist mir nicht ganz einsichtig. Die bekommenen Informationen sind seit Jahren bekannt. Wir haben als GRÜNE, z.B. seinerzeit als Pierre Vogel in Wels aufgetreten ist, darauf aufmerksam gemacht, dass es hier einen problematischen Verein gibt. Dass diese beiden Problemvereine in Wels existieren, ist so ein alter Hut, dass es tatsächlich keine Aktuelle Stunde rechtfertigt.

Beide Vereine sind meines Wissens – das hat Herr Vizebürgermeister jetzt auch anklingen lassen – unter Beobachtung des Landesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Das ist die dafür zuständige Stelle. Offensichtlich hat diese Stelle bis dato nichts gefunden, wo sie entsprechende Maßnahmen hätte darauf aufbauen können.

Ich glaube auch, dass man beide Vereine nach wie vor beobachten soll, dass es wichtig ist alle islamistischen Tendenzen – es handelt sich hier natürlich um Salafisten und andere sehr strenge, politisch islamistische Vereinigungen – unter Beobachtung zu haben. Aber momentan liegt offensichtlich nichts vor, deshalb frage ich mich, ob es wirklich einen Anlass für diese Aktuelle Stunde gibt, als sich wieder einmal mit diesen Thema in Szene zu setzen. Das halten wir für nicht unbedingt notwendig. Hier geht es um seriöse Arbeit, diese sollte in den zuständigen Gremien erfolgen.

GR. Dr. Csar: Die Aktuelle Stunde heißt „Islamvereine“. Aus den Medien ist zu entnehmen, warum heute dieses Thema gewählt wurde. Es wird von Hinterhofmoscheen berichtet, von davon ausgehenden Gefährdungen. Zwei Islam-Vereine wurden erwähnt, von denen ein besonderes Gefährdungspotential ausgehen könnte.

Eine solche Situation ist bedenklich und problematisch. Wir als Gemeinderäte sollen dieses Thema sachlich behandeln, keine Ängste schüren, auf die wir keine konkreten Antworten geben können. Es soll nichts schön- oder kleingeredet werden. Daher ist es wichtig nüchtern und sachlich über diese Situation zu diskutieren, insbesondere dahingehend, nicht alle Islamvereine als islamistische Vereine abzustempeln und somit alle schlecht zu reden. Das hat sich niemand verdient, das wäre auch unfair. Überlegt man sich, dass in Wels rund 24/25 Kulturvereine angemeldet sind, muss man vorsichtig sein nicht alle in einen Topf zu werfen. Für uns als ÖVP ist das wichtig. Das unterstrichen wir immer wieder bei diversen Pressemeldungen.

Wir möchten eine sachliche Diskussion. Daher sprach ich mit dem Leiter des Verfassungsschutzes in Oberösterreich und ersuchte diesen in Wels einen Sicherheitsgipfel einzuberufen, damit die Fakten tatsächlich auf den Tisch gelegt werden. In einem Ausschuss oder in einer überfraktionellen Besprechung könnte darüber diskutiert und konkret gesagt werden, wo zur Zeit Gefährdungspotentiale bestehen.

Der Verfassungsdienst gab mir die Auskunft, dass eine Gefährdung auf der ganzen Welt, auch in Oberösterreich und Wels nicht ausgeschlossen werden kann. Dass es in Wels ein besonderes Gefährdungspotential gibt, wird seitens des Verfassungsdienstes zur Zeit

nicht attestiert. Wo viele Islamvereine sind, wird ein besonderes Augenmerk des Verfassungsdienstes gelegt, d.s. die Orte Linz, Traun und Wels. Dementsprechend ist es für die Welser wichtig zu wissen, dass die Polizei mit wachsamem Auge darauf schaut.

Ich plädiere dafür möglichst rasch ein Termin für einen Sicherheitsgipfel zu finden, damit allen Fraktionen die Fakten auf den Tisch gelegt und klare Auskünfte dazu gegeben werden. Wir als Gemeinderäte und als Stadt Wels haben in dieser Richtung keine Kompetenzen und Möglichkeiten. Eine Diskussion über Integration finde ich förderlich, damit das Bewusstsein in Wels geschärft wird und insbesondere, damit Islamvereine ins Boot geholt werden gemeinsam Problembereiche auszuschließen, zu behandeln, zu bearbeiten und auch zu schauen harmonisch in Wels leben zu können.

Wichtig sind der Integrationsbericht und die beauftragte Studie. Diese Ergebnisse brauchen wir dringendst. Wir brauchen eine offene Diskussion mit dem Ziel, die Gefährdung in Oberösterreich, in Wels, entsprechend gering zu halten. Ein Nebeneinander sollte möglich sein – dafür sollten wir unsere Beiträge leisten.

Daher meine Bitte die Diskussion möglichst ruhig und sachlich zu führen. Dort, wo es Probleme gibt, müssen diese offensiv angegangen werden gemeinsam mit der Polizei und den dafür ausgebildeten Sicherheitsorganen. Damit können wir die Probleme lösen, wenn welche festgestellt werden.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die sehr sachliche Diskussion zu diesem doch sehr heiklen Thema.

Dringlichkeitsantrag aller Gemeinderatsfraktionen betreffend Autobahnanschlussstelle A 8-Wimpassing; Erweiterung des Finanzierungsbeschlusses
DI-Verf-2028-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag aller Gemeinderatsfraktionen.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Subvention Davis Cup an die Matchmaker Kommunikations GmbH & Co KG
DI-Verf-2029-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Beide Dringlichkeitsanträge werden wie üblich am Schluss der Tagesordnung behandelt.

GR. Mag. Parzmayr: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung den Dringlichkeitsantrag bezüglich Autobahnanschlussstelle A 8-Wimpassing. Erweiterung des Finanzierungsbeschlusses, DI-Verf-2028-2017, in der Tagesordnung vor dem Sachbeschluss TOP 18. zu behandeln.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Parzmayr auf Behandlung des Dringlichkeitsantrages DI-Verf-2028-2017 in der Tagesordnung vor dem Punkt 18. zu behandeln wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Antrag des Landesverwaltungsgerichts OÖ auf
Feststellung der Gesetzwidrigkeit und Aufhebung
von Bestimmungen der Lustbarkeitsabgabeordnung 2016
des Gemeinderates der Stadt Wels, G 105/2017 und V 53/2017
DI-Verf-128-2017

Der Antrag (Anlage 3) lautet:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Äußerung an den Verfassungsgerichtshof einschließlich Aktenvorlage sowie die beiliegende Verhandlungsvollmacht für Mitarbeiter der Dienststelle Rechtsangelegenheiten beschließen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
die Einhebung einer Lustbarkeitsabgabe (Lustbarkeitsabgabeordnung 2017)
FD-StV-6-2017

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss vom 19.6.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Lustbarkeitsabgabeordnung 2017 der Stadt Wels beschließen.

GR. Haböck: Diesen Beschluss können wir mit Freude unterstützen. Es ist ein österreichisches Spezifikum subventionierte Veranstaltungen wieder so zu besteuern, damit zwar ein bürokratischer Aufwand da ist, aber auch kein Geld für beide Seiten übrig bleibt. Ich bin froh, dass die Evaluierung ergab und deutlich festgeschrieben wurde, der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen.

In den letzten Wochen und Monaten, vor allem zu Frühjahrsbeginn und nach der Faschingszeit, habe ich mit einigen Vertretern von Familienvereinen gesprochen. Für Ehrenamtliche stehen die Berechnung dieser Abgabe, die Dokumentation und natürlich auch der bürokratische Aufwand im Hause Magistrat in keinerlei Verhältnis. Als ÖVP-Fraktion wollen wir ein familienfreundliches Wels. Darunter fallen für uns auch jene Vereine und jene Ehrenamtliche zu unterstützen, die sich im Bereich Familie, Jugend und Kinder engagieren. Bälle sind eine schöne, gelebte Tradition in Österreich und auch in Wels. Die Schülerbälle wurden zum Glück schon letztes Jahr befreit. Kindermaskenfeste und Kinderfaschingsveranstaltungen sind tolle Erlebnisse für die Familie. Die sehr engagierten ehrenamtlichen Väter und Mütter sollen und dürfen nicht durch gesetzliche Vorgaben oder Vorgaben der Stadt Wels unnötig finanziell aber auch zeitlich belastet werden. Wir werden dem natürlich zustimmen und freuen uns, wenn die Vereine von dieser Last befreit werden.

GR. Hufnagl: Wir NEOS freuen uns über den heute zu treffenden Beschluss. Das hätten wir jedoch einfacher haben und im März vergangenen Jahres bereits beschließen können. Manche von ihnen werden sich erinnern – wir NEOS brachten damals einen Abänderungsantrag ein, der lautete, es sollen generell jegliche Tanzveranstaltungen und Bälle, auch die Schülerbälle, von der Lustbarkeitsabgabe komplett ausgenommen werden. Auch sollen jegliche Handels- und Fachmessen komplett befreit werden.

Unsere Begründung war damals ganz einfach. Wir sagten selbstverständlich werden die Schüler um die Befreiung ansuchen (ein Ansuchen um Befreiung war möglich). Es wäre dumm gewesen, dies nicht zu tun. Generell soll das kulturelle Leben in Wels nicht besteuert werden sondern gefördert. Gewisse Handels- oder Fachmessen, wie die Tattoo-Messe doch zu besteuern, also von der Ausnahme auszunehmen, empfanden wir als Ungleichbehandlung. Damals konnten wir uns nicht durchsetzen. Die FPÖ, ÖVP und SPÖ sprachen sich dagegen aus, nur die GRÜNEN gingen damals mit unserem Abänderungsantrag mit.

Ich finde es trotzdem toll jetzt diesen weiteren Schritt zu gehen und zu sagen, ok man hat das beobachtet, man ist draufgekommen, dass es keinen Sinn macht und der bürokratische Aufwand viel höher ist als gedacht. Es steht in keinem Verhältnis zum Ertrag.

Ich glaube aber auch, es schwingt ein anderer Grund mit warum diese Änderung jetzt durchgeführt wird - das ist das Thema der Ungleichbehandlung. Ich bin noch immer der festen Überzeugung die Besteuerung der Tattoo-Messe ist eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Messen. Es wäre verfassungswidrig gewesen. Somit sehe ich das ein wenig als Reparatur der Verordnung, die wir im vergangenen Jahr beschlossen haben. Wir werden natürlich zustimmen.

Bgm. Dr. Rabl: Kulturveranstaltungen waren auch bisher schon von der Lustbarkeitsabgabe ausgenommen. Generell halte ich es für richtig etwas neu Eingeführtes in regelmäßigen Abständen zu evaluieren. Dies taten wir bereits ein Jahr nach Einführung der neuen Regelung. Wir sahen, es besteht ein gewisser Korrekturbedarf, der den Aufwand wirtschaftlicher und unbürokratischer macht und haben schnell darauf reagiert – also durchaus ein angemessenes verwaltungspolitisches Verhalten.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

3.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2017

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 19.6.2017:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlagen 1 und 2) werden genehmigt.

GR. Hufnagl: In den Kreditoperationen sind auch Mittel vorgesehen für die Nationalratswahl am 15.10.2017. Ich glaube, es ist im Sinne der Transparenz oder der Bewusstseinsbildung, wenn man der Bevölkerung einmal sagt, wieviel so eine Wahl kostet. Eine Nationalratswahl kostet der Stadt Wels voraussichtlich 170.000 Euro. Demokratie kostet Geld, das sollten wir uns leisten.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

4.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2017

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 19.6.2017:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

5.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Welser SC Hertha, Clubheim Sportanlage Mauth
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2017

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 19.6.2017:

Die beantragte Kreditüberschreitung für den Zubau von Kabinen bei der Sportanlage Mauth der Welser SC Hertha wird zur Kenntnis genommen.

GR. Mag. Teubl: Im gerade verabschiedeten TOP 4. war u.a. auch ein Posten enthalten, der den WCS Hertha betrifft, und zwar ein Betrag von 30.000 Euro für die Sanierung von Duschen. In diesem TOP geht es um weitere 50.000 Euro für die Erweiterung der Umkleidekabinen. Als GRÜNE fragen wir uns schon, wie es das gibt? Ist doch das Sportheim des WSC Hertha noch nicht so alt. Warum sind die Duschen schon wieder sanierungsbedürftig? Warum muss schon wieder eine Erweiterung stattfinden? Obwohl damals beim Bau des Heimes von Seiten des Landes kritisiert wurde, dass dieser Bau viel zu großzügig ist und es sich hier quasi um eine Luxusvariante eines Sportheimes handelt, welches dem Raumprogramm des Landes nicht entspricht, weshalb auch die Finanzierungsbeteiligung des Landes OÖ nicht in dem gewünschten Ausmaß war. Es gab eine Überschreitung der Kosten um fast 100.000 Euro, obwohl wir vorher im Gemeinderat beschlossen, dass im Falle einer Kostenüberschreitung keinesfalls weitere Mittel von der Stadt zugeschossen werden. Auch das wurde genehmigt.

Die ganze Geschichte wurde sogar von der Kriminalpolizei untersucht – also wir haben vor einigen Jahren doch sehr viel Geld investiert in die Anlagen dieses Vereines. So ist es uns eigentlich nicht einsichtig, dass jetzt schon wieder ein doch nicht unerheblicher Betrag vorgesehen ist, um bestimmte Maßnahmen zu setzen. Wir werden uns daher der Stimme enthalten.

GR. Kroiß: Der Ausbau der WSC Hertha Sportanlage ist nötig, weil letztes Jahr drei neue Jugend- und Kindergruppen aufgenommen wurden. Die Spielergemeinschaft des FC Wels Damen kam ebenfalls dazu. Somit gibt es vier Gruppen mehr und keine Möglichkeit für Damen und Herren sich getrennt umzukleiden. Deswegen wurde dieser Antrag gestellt.

Vzbgm. Kroiß: Auch ich, Kollege Mag. Teubl, hatte keine Freude damit schon wieder Geld investieren zu müssen. Es gab im Nass-Bereich Probleme. Wenn wir diese Mängel nicht sofort behoben hätten, wären die Auswirkungen wesentlich schlimmer gewesen. Aufgrund dessen war die Sanierung dringend notwendig.

Da die Damenmannschaft des FC Wels zur Welser SC Hertha wechselte, benötigt diese natürlich die notwendigen Räumlichkeiten. Ich bin überzeugt davon, das Geld ist in diesem Bereich wirklich sehr gut investiert, weil eine erfolgreiche Nachwuchsarbeit geleistet wird.

Bgm. Dr. Rabl: Was die Größe des Heims betrifft, Kollege Mag. Teubl, so ist das richtig. Damals wurde gesagt, ihr habt etwas großzügig gebaut. Dass dies weitblickend und richtig war, kann man jetzt erkennen. Der Verein ist sehr expansiv, das zeigte sich die letzten Jahre bereits. Er ist auch sehr erfolgreich - Aufstieg in die nächste Liga. Der Verein genießt regen Zulauf und hat die beste Jugendarbeit in ganz Oberösterreich.

Es war daher völlig richtig die Vereinsräumlichkeiten etwas größer zu gestalten, weil wir damals schon sahen, es ist ein sehr engagierter Verein mit einem tüchtigen Vorstand und sehr vielen freiwilligen Helfern. Hätten wir zu klein gebaut, käme jetzt der Vorwurf der GRÜNEN, warum wir nicht gleich vorausschauend gebaut hätten. Wir hätten vor fünf Jahren schon erkennen müssen, dass dieser Verein sehr expansiv ist. Wir müssen uns heute genau mit dem gegenteiligen Vorwurf konfrontieren lassen.

Der Vereinswechsel war natürlich nicht absehbar. Die WSC Hertha aufgrund der Aufnahme der Frauenmannschaft jetzt zu bestrafen, wäre aus meiner Sicht der falsche Weg. Die Vorgangsweise ist daher völlig richtig.

Mich wundert das gerade bei den GRÜNEN, wo die Frauen und die Gleichberechtigung so hoch geschrieben werden, dass es, wenn es darum geht den Frauen die gleichen Möglichkeiten wie den Männern einzuräumen, die GRÜNEN dagegen sind. Es wird in der politischen Auseinandersetzung interessant darauf einmal hinzuweisen, wenn es um zusätzliche Einrichtungen für Frauen geht und diese sich in einer Männersportart behaupten und beweisen, dass gerade bei dieser Investition dann die GRÜNEN dagegen stimmen. Das tut meinem Herzen jetzt schon sehr weh. Da zeigt sich wieder einmal, wenn es darum geht Frauen zu fördern, es bei den GRÜNEN doch nicht so weit her ist, wie ich das bisher annahm. Ich nehme das natürlich zur Kenntnis und wir werden das selbstverständlich entsprechend kommunizieren.

Was den Vorwurf der Kriminalpolizei betrifft: Diese stellte fest, es ist alles rechtens abgelaufen, es gab keine Anklage oder sonst etwas – vielleicht haben sie das vergessen. Ganz im Gegenteil! Es waren anonyme Anzeigen, denen die Kriminalpolizei nachging und es wurde ausdrücklich festgehalten, kein einziger Vorwurf war auch nur ansatzweise gerechtfertigt. Es handelte sich einfach um ein Schmierenskomödiantentum, das hier

betrieben wurde zur bloßen Denunzierung der damals beteiligten und betroffenen Politiker. Auch das muss man einmal festhalten. Das ist ihnen offensichtlich in diesem Zusammenhang entfallen. Mir ist es aber wichtig, mich nochmals bei den damals beteiligten Kollegen herzlich zu bedanken für die gut geleistete Arbeit.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

6.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Haftungsansprüche der Stadt gegen ihre Organe
DI-ZR-61-2017

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 19.6.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge den beiliegenden Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Haftungsansprüche der Stadt gegen ihre Organe beschließen.

GR. Hufnagl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir reden hier von Verantwortung. Für uns NEOS ist es wichtig, dass Menschen für ihr Tun Verantwortung übernehmen. Natürlich ist es nicht immer leicht dies in der Waage zu halten und zu sagen, wo ist der Punkt, in dem man die Mitarbeiter schützen muss, damit sie auch freie Entscheidungen treffen können, ohne Angst haben zu müssen sofort irgendwie verklagt zu werden und somit ein Schaden entsteht.

Mir geht es jedoch um etwas ganz anderes. Sie sagten damals, wir verschärfen diese Regelung im Zuge des Welldorado-Skandals. Es gibt aber noch einen weiteren Fall, wo ich sie vor einem Jahr gebeten habe einmal zu überprüfen, inwieweit die Stadt Wels nicht Regressforderungen gegenüber dem Ex-Bürgermeister Dr. Koits stellen kann aufgrund der Causa Eisenrauch. Bisher erhielt ich von ihnen noch keine Antwort. Es ging um das Thema Verschleppung. Es heißt diese Sache ist verjährt, weil man einfach für die Entscheidung so lange zuwartete. Vielleicht können sie uns eine Antwort geben, wie es in dieser Causa aussieht.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Hufnagl! Ich weiß, die Causa Dr. Koits wurde ziemlich eingehend geprüft. Das Ergebnis insbesondere im Zusammenhang mit der rechtlichen Beurteilung ist mir Ad hoc nicht geläufig. Der Herr Magistratsdirektor wird sie diesbezüglich kontaktieren. Er soll sie über den Stand der Angelegenheit informieren.

Wir haben uns das auf jeden Fall angeschaut und nach meiner Information war eine klagsweise Einbringung eines allfälligen Schadens gegen Bürgermeister Dr. Koits nicht

möglich. Das ist der Soccus, den ich noch weiß. Aber warum und wieso genau, kann ich ihnen auswendig nicht sagen.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

7.)

Errichtung eines Jugendbüros Noitzmühle;
Grundsatzbeschluss
BK-J-007-2017

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss vom 08.06.2017:

Der Bau des Jugendbüros Noitzmühle inklusive Anschlusskosten und Einrichtung mit einem geschätzten Gesamtaufwand in Höhe von € 380.000,- inkl. MwSt. mit einer Kostengenauigkeit von +/-10 % wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Haböck: Über diese Beschlussfassung freuen wir uns. Vor allem als Junge ÖVP ist uns ein breites Angebot für alle Jugendlichen in Wels extrem wichtig. Ich bin froh diesen Beschluss für ein fünftes Jugendzentrum zu fassen, denn bis vor gar nicht allzu langer Zeit, sprich bis vor den letzten Gemeinderatswahlen, gab es die Diskussion die Jugendzentren von damals vier auf eines zu reduzieren. Wir wissen, Zentralisierung ist nie ein Erfolgsmodell und ein Jugendzentrum für eine Stadt unserer Größe mit den verschiedensten Stadtteilen, die immer mehr wachsen und dementsprechend mehr junge Bewohner haben, wäre natürlich nicht zielführend gewesen.

Daher bin ich froh und positiv gestimmt endlich in der Noitzmühle dieses Jugendbüro zu beschließen und hoffentlich bald in Betrieb nehmen zu können. Trotzdem möchte ich eine kritische Anmerkung machen. Ein Thema, welches mir im letzten Gemeinderat vor einigen Wochen schon auf der Seele brannte und das ich damals erwähnte. Es ist schön und gut viel Geld in die Hand zu nehmen (380.000 Euro sind nicht wenig), bin aber froh 380.000 Euro in die Entwicklung unserer Jugendlichen zu stecken als in politische Prestigeobjekte.

Es hat jedoch keinen Sinn viel Geld in die Hand zu nehmen und ein neues Jugendzentrum mit vielfältigen Möglichkeiten zu errichten, wenn wir vor einer großen Herausforderung stehen. Diese heißt, wie im letzten Gemeinderat bereits angesprochen,

wie schaffen wir es allen Welser Familien, egal welcher Herkunft, die Möglichkeit zu bieten an dieser städtischen Einrichtung teilzunehmen? Ich erinnere an den Zeitungsbericht vom 11. Juni 2017 in den OÖ Nachrichten, in dem dieses Thema angesprochen wurde. Es wurde berichtet, dass es Probleme gibt Mädchen stärker in die Jugendzentren einzubinden. Wir diskutierten das. Ich bin überzeugt hier ist der Jugendreferent Kroiß auf dem richtigen Weg, es kommen mehr Mädchen in die Jugendzentren. Das ist zu bewältigen.

Die Aussage, die mich eher schockierte, lautete – ich zitiere die OÖ Nachrichten: „Mädchen aus muslimischen Haushalten, aus muslimischen Familien bekommen von ihren Eltern oder auch Brüdern verboten, diese Jugendzentren aufzusuchen.“ Natürlich ist es Privatsache wer in die Jugendzentren geht. Natürlich können die Eltern entscheiden, ob ihre minderjährigen Kinder diese Einrichtungen besuchen. Da können wir als Stadt gar nichts machen. Aber wir müssen uns eines bewusst sein. Es stellen sich hier zwei Problemfelder dar. Erstens – wollen konkret Mädchen nicht in die Jugendzentren gehen, weil es dort Probleme mit den Burschen gibt? Sind die Burschen allgemein das Problem? – Das glaube und hoffe ich nicht, Pauschalisierungen sind immer schlecht. Oder gibt es ein konkretes Problem, dass eine gewisse Zielgruppe nicht in die Jugendzentren gehen darf, weil dort Burschen sind? Das ist ein großer Unterschied. Dieser Thematik müssen wir uns in Wels stellen. Dieser müssen sich alle Fraktionen stellen, alle Mitglieder des Integrationsausschusses, der Referent und alle Parteien. Denn das dürfen wir nicht hinnehmen, dass Welserinnen verboten wird eine städtische Einrichtung in Anspruch zu nehmen, weil dort Welser sind. Diese Geschlechtertrennung wollen wir nicht. Wir wollen sie nicht von städtischer Seite, weswegen wir als ÖVP-Fraktion damals gegen den Vorschlag stimmten eigene Räumlichkeiten zu schaffen. Diese Unterscheidung wollen wir schon gar nicht aus gesellschaftspolitischer Sicht.

Wenn wir vorhin über Vereine sprachen, die ein rückständiges Weltbild vertreten, dann spielt diese Thematik natürlich auch im Jugendbereich eine Rolle. Wir sind es den Jugendlichen und den jungen Mädchen schuldig alles daran zu setzen, seitens der Stadt Wels keine Barrieren vorzufinden und öffentliche Einrichtungen für alle da sind. Denn finanziert hat sie auch die Allgemeinheit.

Als Politiker möchte ich es nicht zulassen oder nicht wissen, Mädchen wird der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen verwehrt, weil dort Burschen sind.

GR. Scheinecker: Dieses Jugendbüro schließt eine große Lücke in einem Stadtteil mit sehr vielen Jugendlichen. Ein großer Erfolg für Wels. Wie bereits in der letzten Gemeinderatsitzung thematisiert, möchte ich ein paar Dinge ansprechen, die mir ein Herzensanliegen sind. Durch das Kostendämpfungsverfahren sind nicht nur die Kosten gedämpft worden, sondern es wurden auch Teile des Jugendbüros eingespart. Z. B. gab es im ursprünglichen Plan einen zusätzlichen Raum. Diesen Raum beziehe ich jetzt nicht auf einen Rückzugsort für Mädchen, sondern ich beziehe ihn auf die Jugendlichen verschiedenen Alters. Aus anderen Jugendbüros der Stadt Wels hörte ich, es gibt gesonderte Öffnungszeiten für unterschiedliche Altersgruppen, weil eben manchmal das Zusammenleben der Jugendlichen einfach schwierig ist. Es gibt Altersgruppen der 15- bis 19-Jährigen, die ganz andere Interessen haben als beispielsweise Volksschüler. Hier braucht es ein unterschiedliches Angebot, unterschiedliche Ansprechpartner. Bei den

planmäßigen zwei Betreuern des Jugendbüros ist es schwierig die unterschiedlichen Interessen zu bedienen.

Hätte ich einen extra Raum, können diesen alle nutzen. Kinder mit unterschiedlichen Interessen kommen sich nicht automatisch in die Quere. Wir sprachen vom Kostendämpfungsverfahren – es betrifft die bereits geplant gewesenen Außenanlagen. 380.000 Euro sind viel Geld. Das ursprünglich geplante Jugendbüro kostete zwar mehr, hatte aber in der Funktionalität mehr zu bieten.

Für die Außenanlagen sind nun 12.000 Euro budgetiert. Hier muss uns eines klar sein, es ist eine gewisse Verwässerung des Ganzen. Um 12.000 Euro werden wir die Außenanlagen nicht finanzieren können. Ein Teil der Kosten wird in einem anderen Budgetposten untergebracht. Wir müssen uns bewusst sein, wir gefährden eine gewisse Kostentransparenz, weil die Welser über zusätzlich benötigtes Geld für Außenanlagen nicht informiert werden. Warum wir das nicht heute im Ganzen beschließen, ist für mich etwas verwunderlich, weil es einfach mehr Klarheit bringen würde, als wenn wir diese nun in ein fremdes Budget hineinadaptieren.

Ich freue mich, dass es im Herbst mit einer möglichen Parkwerkstatt darum geht, die Jugendlichen und Kinder der Noitzmühle daran zu beteiligen und zu fragen, was sie für dieses Jugendbüro wollen. Das ist ein wesentlicher Schritt. Wenn wir heute diesen Grundsatzbeschluss treffen, sollen wir auf ansprechende Möglichkeiten für die Jugendlichen und Kinder schauen und ein Angebot schaffen, welches wir dort brauchen. Das wird uns wahrscheinlich im Außenbereich noch ein bisschen mehr kosten als diese 380.000 Euro, die wir heute beschließen.

GR. Stojanovic, Bsc: Wie sagt man so schön: „Gut Ding braucht Weile“ – auch hier war diese Zeit notwendig, um dieses Projekt umzusetzen. Ich freue mich heute darüber zu entscheiden dieses Jugendbüro in der Noitzmühle bauen zu dürfen. Uns liegt natürlich die Jugend sehr am Herzen und wir möchten durch den Bau des Jugendbüros den jungen Menschen die Möglichkeit geben ihnen einen Freiraum zu schaffen, wo sie neue Freundschaften bilden können, wo sie sich in ihrer Persönlichkeit weiter entwickeln können, wo sie lernen können mit Konflikten umzugehen, diese zu lösen – auch ohne Gewalt - und natürlich auch weitere viele Vorteile, die durch die Nutzung des Jugendbüros entstehen.

Ihnen wird durch dieses Büro die Möglichkeit gegeben, sich bei persönlichen Anliegen oder Problemen unbürokratisch Hilfe zu holen. Aber auch bei der Integration, wie es sich z.B. in der Karpatenstraße zeigte, sind die Jugendbüros für Jugendliche mit Migrationshintergrund ein sehr guter Anlaufpunkt österreichische Freundschaften zu bilden oder einfach ein gemeinsames Miteinander zu entwickeln.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken, die zum Bau des Jugendbüros einen Beitrag leisteten.

Was die Freibereichszone für die Jugendlichen angeht glaube ich, es geht hier nicht nur darum welchen Freiraum die Jugendlichen in der Natur haben, sondern dass eben dieser Zusammenhalt ganz wichtig ist, dass es Räume gibt, wo sie sich treffen können, wo sie miteinander etwas unternehmen oder etwas gemeinsam veranstalten können.

GR. MMag. Rumersdorfer: Ich finde es ein wenig witzlos, den Jugendtreff mit Kostendämpfungsverfahren im selben Gemeinderat zu beschließen, wo ein Dringlichkeitsantrag für den Davis Cup um 100.000 Euro eingebracht wird, damit der Herr Thiem gut spielen kann. Aber gut – diese Differenzen und Präferenzen, die wir oder andere setzen, sind weitgehend bekannt.

Natürlich freue ich mich einen Jugendtreff in der Noitzmühle zu eröffnen, wenngleich ich nicht ganz verstehe, warum jetzt hier gespart werden muss. Dieser ist seit Jahren fällig, noch dazu in einem sogenannten Brennpunkt oder Stadtviertel, in dem - wie die Kollegin erwähnte - Integration sehr wichtig ist. Gerade dann soll man Geld in die Hand nehmen und die Räume und Außenanlagen entsprechend gestalten.

Vorher hieß es, wir haben die Vereinsräumlichkeiten des WSC Hertha vorausschauend auf mehrere Jahre so groß gebaut und jetzt brauchen wir sie. Wieso machen wir das bei diesem Jugendtreff in der Noitzmühle nicht auch? Es gibt viele Kinder und Jugendliche in diesem Stadtteil, die diese Räume brauchen. Auch ich glaube, dass dieser eine Raum zu wenig ist. Ich hätte mir gewünscht bei den großen Räumlichkeiten zu bleiben.

Noch eine kleine Anmerkung: Ich weiß nicht, wie weit dieser Begriff Jugendbüro schon steht. Für mich ist ein Büro ein Ort, wo man hinget und sich beraten lässt, aber nicht wo man sich trifft und eine nette Zeit verbringt. Vielleicht kann man diesen Begriff noch einmal ändern zu Jugendtreff. Das wäre ein bisschen niederschwelliger.

StR. Lehner: Ein Kostendämpfungsverfahren ist bei jedem Projekt notwendig, unabhängig ob es sich um ein Jugendzentrum, eine Sportanlage oder ein Verwaltungsgebäude handelt. Wir als ÖVP-Fraktion fordern das immer ein. Es geht nicht darum Räume zu reduzieren. Es geht darum ein Projekt auf Funktionalität und Kosten zu bewerten bzw. zu überprüfen. Als Baureferent vertrete ich intensiv ein Kostendämpfungsverfahren bei jedem Bauprojekt.

Derzeit steigt die Baukonjunktur immens an, d.h. jeder heute getroffene Grundsatzbeschluss basiert auf einem Baukostenindex der Vergangenheit. Wir sind mit immensen Baukostensteigerungen konfrontiert. Ich hoffe mit den heute beschlossenen Budgetmitteln auszukommen.

Städteplanerisch ist für mich wichtig die Lage dieses Jugendbüros – das möchte ich besonders erwähnen. Mit dem westlichen Ende der Fichtenstraße haben die Kollegen, die im Rahmen des ÖEK bereits in der letzten Periode mit mir arbeiteten, einen wirklich hervorragenden Standort gefunden. Es gibt hier wenig – hoffentlich gar keine – Konflikte mit der Nachbarschaft. Dieser Standort bietet unglaublichen Freiraum. Steht man auf der Fläche des zukünftigen Jugendbüros, hat man das Gefühl irgendwo auf dem Land zu sein. Man hat einen weiten Blick nach Süden und nach Westen. Ebenso – das ist im Nordosten ganz toll – noch eine freie Wiesenfläche, auf der man sozusagen in Ruhe Fußballspielen oder einfach die Natur genießen kann.

Darum bin ich überzeugt, auch die Jugendlichen werden im Rahmen einer Parkwerkstatt sehr froh sein hier einfach nur Natur vorzufinden, einen Bach in der Nähe zu haben. Jugendliche können dort einfach jugendlich sein und müssen nicht mit vorgefertigten, angedachten, von den Erwachsenen geplanten Dingen arbeiten und spielen. Hier ist die Möglichkeit noch gegeben den Freiraum einerseits zu gestalten und andererseits auch zu

nutzen. Das kommt den Jugendlichen sehr entgegen. Auch mit der direkt betroffenen Nachbarin gab es sehr gut geführte Gespräche zum Thema Außengestaltung.

GR. Hufnagl: Zu diesem neuen Jugendbüro bzw. Jugendtreff – dieser Ausdruck würde mir auch besser gefallen – fallen mir nur drei Worte ein, und zwar „endlich, endlich, endlich“. D.h. wir warten in der Noitzmühle bereits seit sieben Jahren auf ein neues Jugendzentrum. Bezüglich des Außenbereiches hätte ich mir auch mehr Kostentransparenz gewünscht, mit den 12.600 Euro, die im Plan enthalten sind, wird man nicht das Auslangen finden können.

Im Antrag ist enthalten +/- 10 % können die Baukosten über- oder unterschritten werden. 10 % ist ein Prozentsatz, mit dem man bei solchen Projekten auskommen sollte. Das würde ich mir wünschen. Wenn im Gemeinderat etwas beschlossen wird, sollte man sich schon sicher sein, die Kosten einzuhalten.

Endlich wird der Beschluss für ein neues Jugendzentrum gefasst – wir freuen uns darauf.

Vzbgm. Huber: Als ehemalige Jugendreferentin freue ich mich wirklich dieses Jugendzentrum – mir gefällt Jugendzentrum oder Jugendtreff auch besser als Jugendbüro – endlich umzusetzen. Was die Außenanlagen betrifft kann ich ihnen versichern, die Kosten werden nicht irgendwie verschwinden oder nicht transparent sein. Es wird natürlich einen Ansatz geben für den Jugendpark – so würde ich ihn nennen – „Jugendpark Noitzmühle beim Jugendtreff“, wo wir mit einer Parkwerkstätte schauen, was die Jugendlichen wollen, was Mädchen und Burschen in diesem Bereich brauchen. Wir wollen keinem etwas „auf´s Auge drücken“, sondern wir sagen beteiligt euch, sagt worum es geht. Wir werden dort bestimmt einen tollen Jugendpark errichten.

Für den Fun-Court für die Burschen, der bereits im Vorfeld ein wesentlicher Wunsch ist, sind bereits Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Es sind 70.000 Euro. Dazu kommen andere Möglichkeiten. Wir wissen Parks kosten etwas. Wir werden heute noch einige Parks beschließen und ähnlich wird der Jugendpark Noitzmühle dann auch im Gemeinderat beschlossen werden.

Ich freue mich riesig auf die Umsetzung dieses Projektes. Warum sich der Grundsatzbeschluss verzögerte, vielleicht eine Erklärung: Es war wirklich nicht einfach die Grundstücke zu kaufen. Viele Verhandlungen mit mehreren Grundstücksbesitzern wurden geführt. Das hat den Bau immer wieder verzögert. Schön, wenn es heute einen gemeinsamen Beschluss gibt, schön im Sinne unserer Jugend.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die durchaus positiven Wortmeldungen. Es gab Diskussionen Jugendzentren auf einen Standort zu konzentrieren, aber wir gingen von dieser Konstellation wieder ab und beschlossen vorausschauend dieses zusätzliche Jugendzentrum.

Zwei Antworten bin ich noch schuldig, was Mädchen zu mir sagten, warum sie ein Jugendzentrum nicht aufsuchen. Eine Antwort war: „Wenn mein Bruder dort ist, darf ich nicht hin.“ Damit tun wir uns schwer, das war vor vielen Jahrzehnten auch schon so. Die zweite Antwort war: „Die pupertierenden Burschen sind schwierig“. Das sind zwei Antworten, warum Mädchen nicht in Jugendzentren gehen.

Zum Thema Außenbereich gab und gibt es Gespräche mit der zuständigen Referentin. Auch hier werden wir eine einvernehmliche Lösung finden. Danke für die positive Diskussion und ersuche um Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

8.)

Geschäftsstelle für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Wels
nach dem Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009; Maßnahmen- und Finanzplan 2017
SD-AWi-527-2017

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss vom 13.06.2017:

Der vom Bezirksabfallverband Wels-Land, 4600 Thalheim, Am Thalbach 110, vorgelegte Maßnahmen und Finanzplan 2017 wird in einem Rahmen von € 64.719,-- mit den monatlichen Akontozahlungen von € 5.393,-- (alle Beträge zuzüglich Umsatzsteuer, da vorsteuerabzugsberechtigt) genehmigt.

Einstimmig angenommen.

9.)

Umsetzung der Verpackungsverordnung; Vereinbarung
überkommunale Leistungen im Rahmen der haushaltsnahen
Verpackungssammlung für die Sammelkategorie Glas; Neuabschluss
SD-AWi-852-2017

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss vom 13.06.2017:

Die beiliegende Vereinbarung über kommunale Leistungen im Rahmen der Altglassammlung für die Sammelkategorie Glas mit der Austria Glas Recycling GmbH, 1020 Wien, Obere Donaustraße 71, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Tiergarten Wels; Sanierung der Zaunanlage der Bartaffen;
Grundsatzbeschluss
SD-TG-32-2017

Der Antrag (Anlage 12) lautet:

Die Sanierung der Zaunanlage der Bartaffen im Tiergarten Wels um einen Betrag von € 94.244,64 inkl. USt. wird an die Firma GRIK „Zaunarzt“ Metallbau GmbH, 4623 Gunskirchen, Zaunstraße 1, vergeben.

Die mittelbewirtschaftende Dienststelle wird ermächtigt, die vorangeführte Auftragssumme um 10 % für Unvorhergesehenes im Bedarfsfall zu überschreiten.

Einstimmig angenommen.

11.)

Reinberg; Sanierung des Fitnessparcours;
Grundsatzbeschluss
SD-StaG-49-2017

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss vom 13.06.2017:

1. Die Sanierung des Fitnessparcours am Reinberg in der vorgeschlagenen Art und Weise wird grundsätzlich genehmigt.
2. Die Sanierung des Fitnessparcours am Reinberg wird mit voraussichtlichen externen Kosten in Höhe von € 75.000,-- brutto sowie Eigenleistungen in Höhe von voraussichtlich € 45.000,-- durchgeführt.
3. Die mittelbewirtschaftende Dienststelle wird ermächtigt, die Projektkosten für Fremdleistungen um 10 % und für Eigenleistungen um 25 % für Unvorhergesehenes zu überschreiten.

GR. Paulusberger: Es geht Schlag auf Schlag – gerade bei den Parksanierungen. Über dieses Projekt Reinberg freue ich mich sehr. Dieser erfährt durch die Sanierung eine enorme Aufwertung. Ganz besonders sticht mir der Calisthenic-Bereich ins Auge. Als Amateursportler freue ich mich ganz besonders, dass wir eine ähnliche Variante, die es in Marchtrenk bereits gibt, jetzt für die Welsler zugänglich machen. Calisthenic ist eine Trainingsform, die mit eigenem Körpergewicht ausgeführt werden muss. D.h. ein jeder Mann oder Frau braucht keine Trainingsutensilien oder Trainingsausrüstung. Wels hat etliche gute Fitnessstudios und nun auch, wie Marchtrenk, ein ausgezeichnetes Freiluftangebot für 0,-- Euro, um seinen Körper fit zu halten. Ein großes Lob an die Fachabteilung – weiter so!

StR. Reindl-Schwaighofer: Der Reinberg liegt außerhalb von Wels und stellt ein Naherholungsgebiet dar. Die Attraktivierung des Reinbergs mit diesen Umbauten und Erneuerungen freut mich sehr. Ganz herzlich bedanken darf ich mich bei Frau Vizebürgermeister Huber, die im Bereich der Grünanlagen viele Initiativen setzt. Für die Grünanlagen werden rund 800.000 Euro investiert. Das ist der richtige Weg.

In den Medien wurde berichtet, die Freiräume in den Parks werden immer wichtiger, wenn die Wetterprognosen für die nächsten Jahre stimmen. Wir werden mehr heiße Sommer bekommen. Auch in Österreich müssen wir mit 45 heißen Tagen im Jahr rechnen. Daher ist es wichtig in Parks mit alten Baumbeständen gute Möglichkeiten für Schatten- bzw. Aufenthaltsplätze zu haben.

Noch einmal herzlichen Dank. Die Welser Bürger werden die Parks und den Reinberg intensiv nutzen.

Vzbgm. Huber: Danke für die positiven Wortmeldungen und für die Unterstützung bei den Ideen und den Beschlussfassungen. An dieser Stelle möchte ich die tolle Kooperation mit dem mediFIT erwähnen. Mag. Michael Pfob begleitete uns bei der Erstellung des Trainingsprogramms. Ich bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

12.)

Friedenspark Billrothstraße; Erweiterung;
Grundsatzbeschluss
SD-StaG-49-2017

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss vom 13.06.2017:

1. Die Erweiterung des Friedensparks Billrothstraße in der vorgeschlagenen Art und Weise wird grundsätzlich genehmigt.
2. Die Erweiterung des Friedensparks wird mit voraussichtlichen externen Kosten in Höhe von € 170.000,-- brutto sowie Eigenleistungen in Höhe von voraussichtlich € 25.000,-- brutto durchgeführt.
3. Die mittelbewirtschaftende Dienststelle wird ermächtigt, die Projektkosten für Fremdleistungen um 10 % und für Eigenleistungen um 25 % für Unvorhergesehenes zu überschreiten.

GR. Wimmer: Ich freue mich persönlich sehr über die Erweiterung des Friedensparks. An der Parkwerkstatt nahm ich selbst teil. Die Beteiligung war enorm. Es waren viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene dabei. Sie brachten ihre Interessen vor. Besonders die Kinder und Jugendlichen wünschten sich Ballspielplätze und Laufzonen. In diesem Plan

wurden die Wünsche sehr gut umgesetzt. Es gibt einen sehr großen Bereich für Fußball- und Volleyballspiele. Die Jugendlichen freuen sich sicher darüber sehr. Ebenso ist eine entsprechende Infrastruktur (Strom, Wasser) vorgesehen. Das wird Veranstaltungen in diesem Stadtteil erleichtern.

Ein Dank für die tolle Planung an die Referentin Silvia Huber und an die Fachabteilung, Herrn DI Christoph Haslmayr. Ich freue mich auf die Umsetzung.

Vzbgm. Huber: Danke für die positive Wortmeldung. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

13.)

Park Sandwirtstraße; Attraktivierung;
Grundsatzbeschluss
SD-StaG-49-2017

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss vom 13.06.2017:

1. Die Attraktivierung des Parks in der Sandwirtstraße in der vorgeschlagenen Art und Weise wird grundsätzlich genehmigt.
2. Die Attraktivierung des Parks in der Sandwirtstraße wird mit voraussichtlichen externen Kosten in Höhe von € 145.000,- brutto sowie Eigenleistungen in Höhe von voraussichtlich € 15.000,- brutto durchgeführt.
3. Die mittelbewirtschaftende Dienststelle wird ermächtigt, die Projektkoten für Fremdleistungen um 10 % und für Eigenleistungen um 25 % für Unvorhergesehenes zu überschreiten.

StR. Hoflehner: Als Verkehrsreferent glaube ich, dass speziell dieser Grünraum Sandwirtstraße ein wirklich notwendiges positives Gegengewicht zur dort herrschenden Verkehrslage aufgrund des neu errichteten Parkdecks darstellen wird. Gerade im Zentralraum Neustadt ist diese Grünfläche ganz besonders wichtig, darum bin ich über die Umsetzung sehr froh.

Vzbgm. Huber: Ich bedanke mich nochmals bei Herrn DI Christoph Haslmayr und seinem Team für die tolle Unterstützung bei den vielen neuen Parkanlagen. 800.000 Euro werden in die Welser Parkanlagen investiert, davon sind 200.000 Euro für Eigenleistungen. Diese Projekte müssen nun abgearbeitet werden. Aufträge wurden erteilt, Angebote sind zu legen, es ist viel zu tun. Danke für die großartige Unterstützung. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Vor dem TOP 14. möchte ich Folgendes anmerken: Es gab eine Meldung über eine mögliche Befangenheit zu diesem TOP gemäß § 31 Abs.3 GOG. Hintergrund dazu ist, dass mehrere Gemeinderatsmitglieder im Vorstand des betreffenden Vereines tätig sind. Das ist per sé keine Eigenheit, weil wir sehr viele Vereine haben, die Subventionen vom Gemeinderat bekommen. Wir wollen eine prinzipielle Klärung, nicht nur für diesen einzelnen Fall, sondern generell, wie zukünftig damit umzugehen ist, wenn ein Gemeinderatsmitglied in einem Vorstand oder gar Obmann eines Vereines ist. Ob dieser sich an Abstimmungen beteiligen kann, um hier eine Leitlinie für die Zukunft zu fassen. Dazu sagen muss man, dass mögliche Befangenheitsanzeigen zu kommunizieren sind und dann der Gemeinderat in der Folge über diese Befangenheit abstimmen soll oder nicht: Liegt eine Befangenheit vor? Ja oder Nein.

Ich weise darauf hin, dass wir das nicht nur beim Verein Alter Schlachthof haben, sondern auch beim Verein Abenteuer Familie, den Kinderfreunden, Hilfswerk usw. Es gibt immer wieder personelle Überschneidungen. Es sollte einer sauberen und für alle gültigen Lösung zugeführt werden.

Konkret geht es hier um GR. Christian Fila, Vzbgm. Gerhard Kroiß und StR. Margarete Josseck-Herdt. Je nachdem wie es der Gemeinderat zukünftig entscheiden wird, werden wir darauf entsprechend achten.

Nachdem gemäß § 31 Abs. 3 GOG die Mitglieder des Gemeinderats ihre mögliche Befangenheit dem Vorsitzenden zu Beginn der Beratung anzuzeigen haben – das wurde beim gegenständlichen TOP gemacht – ob eine Befangenheit vorliegt, hat der Gemeinderat selbst zu entscheiden, wobei sich jene Gemeinderatsmitglieder, die sich möglicherweise für befangen erklärt haben, bei dieser Abstimmung nicht teilnehmen werden.

Abstimmungsergebnis über eine mögliche Befangenheit aufgrund der Mitgliedschaft im Vorstand oder der Obmannschaft des Vereines Abenteuer Familie – Kinderbetreuung von Vzbgm. Gerhard Kroiß, StR. Margarete Josseck-Herdt und GR. Christian Fila:

Die Befangenheit wird mit

	<u>2 Ja-Stimmen</u> (GR. Zaunmüller, NEOS),
gegen	<u>1 Stimmenthaltung</u> (GR. Haböck),
und	<u>29 Nein-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Es liegt somit keine Befangenheit von Vzbgm. Kroiß, StR. Josseck-Herdt und GR. Fila vor.

Vzbgm. Kroiß und GR. Fila nehmen an der Abstimmung nicht teil.

14.)

Verein Abenteuer Familie – Kinderbetreuung in Wels,
Mohnstraße 24; Abschluss einer Subventionsvereinbarung
zur Regelung der Abgangsdeckung
BK-KI-204-2017

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss vom 19.06.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Subventionsvereinbarung mit dem Verein Abenteuer Familie – Kinderbetreuung beschließen.

GR. Hacker: Zuerst möchte ich mich beim Verein Abenteuer Familie – Kinderbetreuung sehr herzlich bedanken, die hier ab März 2017 zusätzliche Kinder- und Kleinstkinderbetreuungsplätze ermöglichen. Sehr begrüßenswert ist, dass diese Subventionsvereinbarung, wie sie derzeit mit privaten Trägern abgeschlossen ist, überarbeitet wird, um in Zukunft Interpretationsspielräume auszuschließen. Wünschenswert wäre allerdings - die Referentin sprach das schon an - zukünftig eine überarbeitete Version der Subventionsvereinbarung, soweit dies rechtlich überhaupt möglich ist, mit allen Rechtsträgern von privaten Kinderbetreuungseinrichtungen in Wels einheitlich zu regeln.

Meine Damen und Herren, ich denke wir sind auf einem guten Weg bezüglich der Kinderbetreuung. Möchte aber schon darauf hinweisen, dass wir am 11. April 2016 im Gemeinderat über eine Grundsatzentscheidung sprachen in welchen Bereichen wir in Zukunft bei der Kinderbetreuung Geld investieren werden. Eine Grundsatzentscheidung ist hier sehr wichtig. Wir müssen uns noch intensiv damit beschäftigen, damit wir für Jungfamilien eine gute Vereinbarung zwischen Familie und Berufsleben ermöglichen können.

GR. Scheinecker: Grundsätzlich begrüßen wir die Überarbeitung der Subventionsvereinbarung, da sehr viele Unklarheiten bestehen. Ich unterhielt mich mit den Kollegen der Kinderfreunde, es ist ein Vorteil zwischen den Trägerinnen und der Stadt Klarheit zu schaffen, da diverse Graubereiche geklärt werden. Eine Frage, die sich mir schon noch stellt, ist die Reduktion der Overhead-Kosten. Bei den Kinderfreunden sind dies 10 %. Im neuen Subventionsvereinbarungsvertrag zwischen Abenteuer Familie und der Stadt Wels sind es 7 %. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Wesentlich ist jedoch darauf zu schauen ob es möglich ist, die Qualität unserer Kinderbetreuungseinrichtungen mit dieser Kostenreduzierung abzudecken, denn eines muss uns bewusst sein, die Organisation ist die Aufgabe der Betriebe. D.h. die Overhead-Kosten sollten ausreichend sein. Im Ausschuss meinten die Mitarbeiter der Abteilung es wird reichen.

Wenn das nicht der Fall ist bleiben sämtliche Organisationsaufgaben, die mit diesen 7 % nicht abgedeckt werden können, an den Pädagogen hängen, die eine wertvolle Arbeit

leisten und dafür den nötigen Freiraum brauchen. Insofern werden wir ganz genau darauf schauen, damit die Qualität nicht darunter leidet, wenn wir die Kosten einsparen.

GR. Hufnagl: Wir werden heute dieser Subvention bzw. der Abgangsdeckung nicht zustimmen aus einem einfachen Grund: Wir halten es als nicht vereinbar, wenn eine politische Partei einen Kindergarten betreibt. Das gilt übrigens für alle Parteien.

Vzbgm. Kroiß: Gilt das in Zukunft auch für ... wir NEOS?

GR. Hufnagl: Natürlich, das gilt auch für uns. Hinter dem Verein Abenteuer Familie steht die Freiheitliche Partei, dagegen ist auch nichts einzuwenden. Wenn wir vorhin von Befangenheit sprachen, es ist ja nicht nur die GR. Wohlschlager

StR. Josseck-Herd: Frau GR. Wohlschlager ist nicht in diesem Verein.

GR. Hufnagl: Nichts desto trotz zählt, dass der Verein sehr FPÖ-nahe ist. Gegen diesen an sich habe ich nichts einzuwenden. Auf der Homepage des Vereines steht, dass im Sommerprogramm Theaterwochen, Schwimmwochen usw. stattfinden. Das ist sehr lobenswert. Wie gesagt, wir halten es generell nicht für sinnvoll, wenn politische Parteien Kindergärten, also frühpädagogische Einrichtungen betreiben. Deswegen werden wir dagegen stimmen.

Vzbgm. Kroiß: Herr Kollege, ich glaube sie verwechseln etwas. Den Kindergarten betreibt nicht eine politische Partei sondern ein Verein. Es ist klar in den Vereinsstatuten geregelt.

StR. Josseck-Herd: Sie können sicher sein, dass die Pädagoginnen nicht mit Verwaltungsarbeit betraut und belästigt werden. Das steht überhaupt nicht zur Diskussion, sie haben ganz andere Aufgaben. Es geht darum den Betrieb am Laufen zu halten, die Lohnverrechnung zu machen, die Steuerberatung, die Buchhaltung usw. zu bewältigen. Dabei sind Pädagoginnen aber auch die Helferinnen nicht involviert.

Sie verwechseln den Verein Abenteuer Familie – Familienbetreuung, in dem Frau Wohlschlager tätig ist, dieser hat nur den Namen Abenteuer Familie. Aber der Verein Abenteuer Familie – Kinderbetreuung ist ein ganz anderer Verein. Hier ist Kollege Fila der Obmann, Vzbgm. Kroiß und ich sind im Vorstand. Wenn sie so strenge Maßnahmen anlegen wollen, dann müssen wir der SPÖ die Kinderfreunde strittig machen und der ÖVP das Hilfswerk. Die Vereine sind alle im Bereich der Kinderbetreuung tätig und machen ihre Arbeit sehr gut. Eines muss man bedenken, gerade wenn es um den Bau eines Kindergartens geht, erhalten die Privaten viel mehr Förderung als die Stadt.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Huber, GR. DI Haydinger, GR. Mag. Simunovic und GR. Mag. Sönser sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

15.)

Ankauf eines neuen Bücherbusses
BK-B-61-2017

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Kultur- und Bildungsausschuss vom 06.06.2017:

Die zuständige Fachdienststelle wird beauftragt, die im Amtsbericht beschriebene Variante 1 (Bücherbus klassische Form) entsprechend den geltenden Vergaberichtlinien auszuschreiben.

Die personelle Nachbesetzung nach den im Amtsbericht beschriebenen Erfordernissen ist über die Abteilung Bildung und Kultur im Dienstpostenplan zu beantragen.

Die zuständige Fachdienststelle wird weiters beauftragt, in Absprache mit den schulischen Einrichtungen die im Amtsbericht beschriebenen Themen- und Literaturpakete für das Schuljahr 2018/19 vorzubereiten.

GR. DI. Haydinger: Ich machte gerade einen Scherz, ob wir den Antrag nicht zuweisen sollten. Das werden wir natürlich nicht tun. StR. Reindl-Schwaighofer hat den langen Weg zu dieser Entscheidung schon erwähnt. Es war eine schwierige Geburt und wie wir alle wissen, entstehen aus schwierigen Geburten oft die schönsten Kinder und bei Betrachtung des vorliegenden Konzeptes wird es wirklich ein schönes Kind.

Zu diesem langen Entscheidungsprozess trugen auch wir Freiheitlichen einen Teil dazu bei. Es war uns immer die Versorgung der Stadtteile mit Medien und die Verbesserung der Lesekompetenz unserer Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen wichtig. Gleichzeitig wollten wir aber auch abgeklärt wissen, ob es nicht günstigere Alternativen zu einem voll ausgestatteten Bücherbus gibt, denn immerhin sprechen wir hier von einer Investition von 400.000 bis 500.000 Euro. In der Zwischenzeit wurden dreimal die Referenten gewechselt und jeder hatte eigene Vorstellungen. Jetzt ist der Bücherbus bei Herrn StR. Reindl-Schwaighofer in sehr guten Händen. Er rief diese Arbeitsgruppe ins Leben und wir Mitglieder waren in München und Graz, wo wir nicht nur Bücherbusse besichtigten, sondern auch einen Einblick bekamen in deren Verleihsysteme und wie sie mit Schulen und Kindergärten zusammenarbeiten. Wir nahmen sehr viele sinnvolle Ideen mit, die wir zum Teil auch in Wels umsetzen können.

Es freut mich, dass in diesem umfangreichen Konzept auch langjährige freiheitliche Forderungen berücksichtigt wurden. So soll künftig die Zusammenarbeit mit den Kindergärten und den Pflichtschulen verstärkt werden mit dem Ziel, Lesefreude zu wecken, Lesedefizite auszumerzen und somit selbständiges Lesen zu fördern. Ich bin der festen Überzeugung ein Bücherbus alleine wird nicht ausreichen, um die Lesefreude und

Lesekompetenz zu fördern. Es werden daher unter der Federführung von unserer charmanten Referentin, Frau Josseck-Herdt, kindergerechte Bibliotheken in den Kindergärten ausgebaut, denn es kann nie früh genug damit begonnen werden den Kindern das Lesen schmackhaft zu machen.

GR. Wimmer: Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass es sich bei dem neuen Bücherbus nicht um eine reine Fortschreibung des alten Bücherbussystems handelt, sondern um eine Weiterentwicklung der mobilen Literaturversorgung in den Stadtteilen vor allem für die Schulen und Kindergärten. Die in Wels geplante Neuauflage der mobilen Fahrbibliothek stellt vor allem in Kombination mit den Literatur- und Themenpaketen eine sehr sinnvolle Ergänzung zu den Schul- und Kindergartenbibliotheken dar. 14 Welscher Pflichtschulen und 20 städtische und private Kinderbetreuungseinrichtungen sind an diesem Zusatzangebot interessiert. Zum Start dieses Service gibt es ab dem Schuljahr 2018/19 mindestens 30 Themen- und Literaturboxen, die zur Verfügung stehen sollen und jährlich erweitert werden. Die Themenpakete enthalten 40 bis 60 unterschiedliche Medien zu bestimmten Themen. Die Literaturboxen enthalten noch einzelne Werke in Klassenstärke, das heißt, das gesamte Werk kann ausgeliehen werden.

Wir freuen uns über dieses zusätzliche Angebot des Bücherbusses. Es wird damit gelingen die Lesefreude und die Medienkompetenz zu stärken und zu fördern.

GR. Mag. Teubl: Die Notwendigkeit eines Bücherbusses wurde von uns GRÜNEN immer betont. Zumal dieser Bücherbus ein Ersatz war für die seinerzeit geschlossenen Filialen der Stadtbücherei. Das heißt, die Literaturversorgung der Stadtteile, die früher über die Filialen stattgefunden hat, ist ausschließlich in diesem Bücherbus passiert. Wir wiesen schon lange bevor der alte Bücherbus seinen Geist aufgab darauf hin, dass eine Neuanschaffung demnächst notwendig sein wird. Leider ist das nicht passiert, es wurde jahrelang verschleppt und so hatten wir einige Jahre keinen Bücherbus.

Wenn wir hätte einen Grundsatzbeschluss fällen aber noch keine Finanzierung dazu beschließen, dann wird es noch eine Weile dauern bis er bestellt wird und es wird wahrscheinlich noch ein Jahr dauern bis er wirklich verfügbar ist. In meinen Augen wurde aus purer Fahrlässigkeit dieser Beschluss für die Neuanschaffung über viele Jahre hinweg verzögert. Auch wenn wir uns heute über diesen Grundsatzbeschluss freuen, ist damit ein Wehrmutstropfen verbunden.

Wir besichtigten in München und Graz Bücherbusse, weil offensichtlich ein Informationsbedarf bestand. Ich war übrigens dabei, auch wenn ich in der Aufzählung des Herrn Stadtrates nicht vorkam. Dort sahen wir was ein Bücherbus zu leisten im Stande ist. Ich hoffe, dass diese Erkenntnisse auch einfließen in die Anschaffung und freue mich über diesen Grundsatzbeschluss. Glauben, dass wir einen neuen Bücherbus bekommen, kann ich es aber erst, wenn dieser auch wirklich bereit steht.

GR. Wiesinger: Diese Unterlagen in meiner Hand habe ich ständig mit. Es handelt sich dabei um die wichtigsten Unterlagen der letzten fünf Jahre und sie beschäftigen sich alle mit dem Bücherbus. Wenn man sich solange wie ich für ein Thema einsetzt und dafür kämpft, überlegt man sich, wie es sein wird, wenn der Zeitpunkt kommt und der Bücherbus beschlossen wird.

Ich sehe es nicht wie Kollege Mag. Teubl, dass heute nur ein Grundsatzbeschluss gefasst wird. Denn es geht darum, die Fachabteilung wird beauftragt die Ausschreibung vorzunehmen. Wie könnte das anders durchgeführt werden? Ich muss zuerst die Kosten eruieren - für einen solchen Bus gibt es keine Preisliste. Das heißt, wir müssen jetzt die Ausschreibung vornehmen, dann kennen wir den Preis und können die Finanzierung sicherstellen.

Ich bin sehr glücklich über die heutige Grundsatzbeschlussfassung, jedoch auch etwas sprachlos. Insofern sprachlos, weil ich den Geschäftsordnungsantrag hörte, der allerdings nur als Spaß gemeint war. Bis heute war ich mir nicht sicher, ob nicht doch ein solcher gestellt wird. Wir hatten das schon oft, kurz vor Beschluss wird ein solcher Antrag gestellt.

Im Jahre 1985 machte sich die Stadt Wels Gedanken über die mobile Versorgung mit Büchern in der Stadtteilen. Zu dieser Zeit wuchsen die Stadtteile sehr stark. Es war geplant noch weitere Zweigstellen zu errichten. Davon ging man ab und schaffte als Ersatz den Bücherbus an, der sehr gut angenommen wurde. Der Bücherbus ist für mich eine Erfolgsgeschichte. In der politischen Diskussion über die Umsetzung habe ich teilweise mit Kollegen gesprochen, die sich mit dem Thema nicht auskannten. Mir lag oft auf die Frage an mein Gegenüber auf der Zunge, welches Buch er gerade liest, weil ich das Gefühl hatte, ich rede hier mit Personen, die jahrelang kein Buch mehr in der Hand hielten. Diese kennen nicht die Inspiration des Lesens.

Ich lese derzeit ein Buch von Werner Biermann über die Biografie von Konrad Adenauer, der nicht nur ehemaliger Bundeskanzler der Republik Deutschland sondern auch ein Erfinder war. Seine besten Zitate waren für alle Situationen passend. Ein Zitat davon trifft genau den Bücherbus: „In der Politik ist es nicht wichtig, dass man Recht bekommt, sondern Recht behält.“ Es passt insofern, weil es die ÖVP war, die im Jahr 2012 immer schon darauf hinwies, der Bücherbus sei reparaturbedürftig bis er im Jahr 2015 endgültig nicht mehr eingesetzt werden konnte.

Wir sahen immer klar, der Bücherbus muss ersetzt werden. Andere Fraktionen sahen das anders. Es gab Diskussionen über die Benützung eines VW-Busses bis zur Einrichtung von Bibliotheken in den Alten- und Pflegeheimen. Aber wir plädierten immer für einen neuen Bücherbus. Deshalb ist es wichtig, in der Politik nicht Recht zu bekommen, sondern Recht zu behalten. Wir haben Recht behalten, weil wir heute diesen Beschluss fassen.

Ich möchte dem gesamten Team der Stadtbibliothek danken, auch dafür, dass sie jahrelang den Kopf für die Politik hingehalten haben. Die Politik diskutiert dieses Thema seit 2015. Stellvertretend möchte ich mich beim Verfasser des Amtsberichtes, Herrn Michael Kröpfl, bedanken und ihm zum heutigen Geburtstag gratulieren. Außerdem möchte ich mich bei den letzten Kulturreferenten bedanken, bei Frau Anna Eisenrauch, Herrn Walter Zaunmüller und Herrn StR. Reindl-Schwaighofer. Die Kulturreferenten hatten immer ein offenes Ohr für den Bücherbus und setzten sich für diesen ein. Dass bisher daraus nichts wurde, lag an den politischen Konstellationen.

Es war speziell für mich eine lange Überzeugungsarbeit. Der Bücherbus und die Stadtbibliothek haben fast 4.000 aktive Benutzer, das heißt, sie besitzen nicht nur einen Ausweis, sondern sie leihen sich aktiv ein Buch aus. Das ist eine sehr beachtliche Zahl.

In seinen 30 Jahren hat der Bücherbus über 2 Mio. Entlehnungen zu verzeichnen. Zum Schluss fuhr er 11 Pflichtschulen, 13 Kindergärten und 4 Horte an.

Man muss das Gefühl einfach erlebt haben, wenn der Bücherbus zu einer Haltestelle kommt und die Kinder warten. Diese stürmen mit Begeisterung in den Bücherbus, suchen sich ein Buch und setzen sich nieder. Es ist einfach ein niederschwelliger Zugang zur Literatur. In einer Stadtbibliothek kann das nicht gewährleistet werden, weil die Abwicklung einfach anders funktioniert. Deshalb ist es so wichtig den Kindern einen freien und wirklich unkomplizierten Zugang zur Literatur zu ermöglichen. Aus meiner Sicht kann das nur der Bücherbus, weil er ein Erlebnisfaktor ist.

Zuruf aus dem Publikum: Tuat's schon!
(Gelächter)

GR. Wiesinger: Ich bin froh heute diesen Beschluss zu fassen und nehme die Anregung des Publikums zum Anlass jetzt aufzuhören. Aber es soll ein Sinnbild für uns alle sein Diskussionen nicht elendlang hinauszuzögern. Fünf Jahre diskutierten wir über den Bücherbus, davon zwei Jahre intensiv. Ich freue mich über den Beschluss und hoffe der Bücherbus kann bald eingesetzt werden.

StR. Reindl-Schwaighofer: Lieber Walter, es war ein reines Versehen und keine Absicht. Natürlich warst auch du bei den Diskussionen und den Beiträgen mit dabei. In den Arbeitskreisen herrschte insgesamt ein gutes Klima und wir haben gemeinsam etwas auf den Weg gebracht.

Die historische Entwicklung zur Entscheidung über den Ankauf des Bücherbusses wurde gerade gut dargestellt. Lieber Markus, die Frage des Vertrauens in deinen Koalitionspartner musst du dir mit ihnen ausmachen. Ich habe nicht mit einem Zuweisungsantrag gerechnet und die Aussage von Gunter als Spaß verstanden.

Wichtig ist mir zu erreichen, dass der Bücherbus wirklich alle Kindergärten und Pflichtschulen anfährt. Deshalb wurde mit Bedacht im Amtsbericht ein flexibel gestalteter Fahrplan angeführt, damit wir reagieren können, wenn eine Bildungseinrichtung sich diesen einmal ansehen möchte, sozusagen „das Proben“ möglich ist.

Zur Frage der Lesekompetenz zitiere ich aus dem Rahmenleseplan des Bildungsministeriums: „Leseförderung wird als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet, die in den Familien beginnt und in den Bildungs- und Kulturinstitutionen ihre Fortsetzung findet.“ Wenn wir der Meinung sind, dass das Lesen eine ganz wichtige Grundlage in unserer Gesellschaft ist, werden wir alles tun müssen um das zu unterstützen. Unterstützen wir unsere Pädagogen in den Einrichtungen mit einem tollen Team in der Bibliothek und im Bücherbus. Wir werden sehen, dass die ganze Geschichte Früchte trägt.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

16.)

Einsatz von Personal im Rahmen der Nachmittagsbetreuung
in den Welser Pflichtschulen;
Auftrag an das Oö. Hilfswerk
BK-Schu-126-2017

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss vom 06.06.2017:

Die Oö. Hilfswerk GmbH wird für das Schuljahr 2017/18 mit der Abwicklung des Freizeitbereiches im Rahmen der Nachmittagsbetreuung in der VS 4 Pernau mit einer Auftragssumme in Höhe von € 71.400,-- beauftragt.

Einstimmig angenommen.

17.)

Einsatz von Stützkräften im Rahmen der Nachmittagsbetreuung
in den Welser Pflichtschulen;
Auftrag an das Diakonie Zentrum Spattstraße
BK-Schu-127-2017

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss vom 06.06.2017:

Das Diakonie Zentrum Spattstraße Gemeinnützige GmbH, 4030 Linz, Willingerstraße 21, wird für das Schuljahr 2017/18 mit der Betreuung von beeinträchtigten Kindern im Rahmen der Nachmittagsbetreuung in den Welser Pflichtschulen mit einer Auftragssumme in Höhe von € 65.086,19 beauftragt.

GR. Wimmer: Im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt möchte ich auf die Wichtigkeit von ganztägigen Schulformen hinweisen, da wir in Wels in Stadtteilen eine Unterdeckung des Angebots haben. Beispielsweise gibt es in der Neuen Mittelschule und der Volksschule Neustadt kein Angebot für eine Nachmittagsbetreuung. Dadurch wird der Druck auf die umliegenden Stadtteile erhöht und es bleiben jedes Jahr Eltern übrig, die für ihre Kinder keine Nachmittagsbetreuung bekommen. Besonders wichtig ist dieses Angebot für Eltern, die ihre Kinder selber beim Lernen nicht unterstützen können, denen Zuhause der Platz für ungestörtes Lernen fehlt, zu schaffen. Auch das Bundesministerium für Unterricht empfiehlt ein Angebot von 40 %, um die notwendige Nachfrage abzudecken.

GR. MMag. Rumersdorfer: Es wurde im Kulturausschuss schon kurz angesprochen und ich wollte es noch einmal in Erinnerung rufen, hier nicht das Billigstbieter- sondern das Bestbieterprinzip einzuführen. Genauso wie mit unserer Schulküche, denn hier kommt das Essen irgendwo aus Deutschland und auch da wäre das Bestbieterprinzip eine gute Möglichkeit. Deshalb gehört bei der Nachmittagsbetreuung darauf geachtet wer die

besten, die sozial und ökologisch verträglichsten Anbieter sind. Im April beschlossen in Linz im Gemeinderat die GRÜNEN und die ÖVP-Fraktion, dass im Vergabeverfahren im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen die Möglichkeiten der Beteiligung von Klein- und Mittelunternehmen besonders berücksichtigt werden. Das sollten wir uns auch im Bildungsbereich zu Herzen nehmen. Das Billigste ist nicht immer zwingend das Beste.

StR. Reindl-Schwaighofer: Frau GR. MMag. Rumersdorfer, wir sprachen im Ausschuss darüber und auch der Herr Magistratsdirektor hat sich dieses Themas angenommen, um zu sehen, wie weit wir als Stadt Wels auf das Bestbieterprinzip, weg vom Billigstbieterprinzip, kommen. Es gibt Bereiche, wo wir gerne andere Firmen beauftragen würden, aber keine Chance haben, weil die Bundesvergabeordnung etwas anderes vorsieht. Danke für die Debatte; ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 17. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die Berichterstattung. Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, behandeln wir nun - wie zu Beginn der Sitzung beschlossen - den Dringlichkeitsantrag betreffend die Erweiterung des Finanzierungsbeschlusses der Autobahnanschlussstelle A8-Wimpassing. Ich ersuche den Herrn Bürgermeister um seine Ausführungen.

Dringlichkeitsantrag aller Gemeinderatsfraktionen betreffend Autobahnanschlussstelle A 8-Wimpassing;
Erweiterung des Finanzierungsbeschlusses
DI-Verf-2028-2017

Bgm. Dr. Rabl: Nachdem wir beschlossen den Dringlichkeitsantrag vor TOP 18 zu behandeln, da der Finanzierungsbeschluss im engen Zusammenhang mit der Sachbeschlussfassung steht, erspare ich mir detaillierte Ausführungen, weil diese dann Stadtrat Hoflehner vornehmen wird. Es geht in Wirklichkeit um Kostenerhöhungen in Höhe von 485.000 Euro, da durch den späteren Baubeginn der Baukostenindex entsprechend ansteigt und es dadurch zu einer wesentlichen Verteuerung des Projektes kommt. Das lässt sich in Anbetracht der vorher nötigen Behördenverfahren so nicht verhindern. Es wäre aber unseriös, dies nicht offen auf den Tisch zu legen. Ich weiß, alle stehen zu dieser Anschlussstelle, deshalb ist es sinnvoll das gleich kundzutun.

GR. Mag. Teubl: Dieser Finanzierungsbeschluss macht wieder einmal deutlich, welche finanzielle Dimension dieses Projekt hat. Wir GRÜNEN lehnten eine weitere Anschlussstelle in Wels-Wimpassing von Anfang an ab und sind nach wie vor der Meinung, es handelt sich hier um ein Milliardengrab, um eine Geldvernichtungsmaschinerie und wir werden uns natürlich auch heute der Stimme enthalten.

Wir beschließen hier einen Kostenanteil der Stadt Wels für eine Auffahrt, die im Wesentlichen für drei Betriebe nördlich der Autobahn in Oberthan gebaut und für den Verkehr in Wels von geradezu vernachlässigbarer Bedeutung sein wird - einen Kostenanteil von 4,4 Mio. Euro. Das ganze Projekt kostet der Öffentlichkeit und dem Steuerzahler 8,141.445 Euro. Umgerechnet sind das 26 Bücherbusse oder 21

Jugendzentren. Wenn es um Straßen geht, sind wir mit der Beschlussfassung sehr schnell. Da spielt Geld keine Rolle und die Millionen werden nur so hinausgepulvert. Wenn es um die Jugend und um die Kultur geht, dann muss ein Kostendämpfungsverfahren, Einsparungen gemacht, auf die lange Bank geschoben und möglichst lange hinausgezögert werden. Das stört uns. Wels ist nach wie vor eine Stadt, in der das Auto die Hauptrolle spielt und die Menschen erst an zweiter Stelle stehen. Das muss sich ändern. Ein Zeichen in diese Richtung ist auch unsere Enthaltung bei diesem Beschluss.

StR. Lehner: Lieber Walter Teubl, ich möchte ganz spontan zu deiner Wortmeldung Stellung nehmen. Betreffend Kostendämpfungsverfahren bedanke ich mich noch einmal bei der Bürgerinitiative Wimpassing. Durch die Nutzung der Brücke der Autobahnmeisterei sparen wir enorme Kosten ein und das zeigt wie wichtig es ist die Bevölkerung in unsere Projekte einzubeziehen.

Du sprichst davon, diese Autobahnabfahrt dient lediglich den Betrieben nördlich der Autobahn, d.h. nur das regionale Betriebsbaugebiet Wels-Wimpassing im Bereich der Voralpenstraße wird erschlossen. Ich empfehle dir einen Blick auf den Stadtplan zu werfen und dich an der Oberfeldstraße längerfristig aufzuhalten. Du wirst feststellen, es ist für die Bevölkerung enorm wichtig hier einen rascheren Zugang zur Autobahn zu haben, weil die Situation dort wirklich dramatisch ist. Ich denke hier an die Betriebe, wie die Firma Teufelberger, die PBS, die Vereinigte Fettwarenindustrie, die derzeit über die Oberfeldstraße die Autobahn befahren und natürlich dann über die neue Anschlussstelle fahren werden. Alle Bewohner in diesem Bereich, die definitiv westlich der Passauer Bahn sind, werden nicht mehr Richtung Osten fahren, wenn sie auf die Autobahn müssen, sondern werden die nächstgelegene Autobahnauffahrt wählen.

Damit entlasten wir die Oberfeldstraße. Es ist eine wichtige Investition. Es geht nicht nur um die Betriebe in Wimpassing, die für die Wirtschaft, für die Stadt, für Arbeitsplätze wichtig sind, es soll als Ganzes gesehen werden.

GR. Haböck: Lieber Peter Lehner! Du hast natürlich völlig Recht mit deinen Ausführungen. Dass die GRÜNEN aus verschiedenen Gründen gegen die Autobahnauffahrt sind, ist legitim. Das ist eine Meinung, die man gelten lassen kann. Du hast es sachlich richtig begründet, Walter Teubl sachlich falsch. Das eigentliche Problem in der Aussage der GRÜNEN liegt im dahinter liegenden Weltbild, das erkennt man alleine in der Aussage „lediglich für die Betriebe“. Es sind genau diese Betriebe, die das Geld erwirtschaften, welches wir beispielsweise in den Bücherbus investieren.

Es ist für die GRÜNEN ein nicht vorstellbares Weltbild, denn das Geld für die Kulturvereine, für die Radwege und den Bücherbus haben wir im Keller gelagert, wo es von der Zentralbank gedruckt wird. Es wird natürlich nicht von den österreichischen Betrieben erwirtschaftet, die im knallharten globalen Wettbewerb stehen und die sich in Wels ansiedeln oder ihre Betriebe erweitern wollen. Und natürlich geht es nicht um die Menschen!

Doch natürlich geht es um die Menschen, um die Welser. Es geht um die Jugendlichen, die in diesen Welser Betrieben Ausbildungsplätze haben und ihren Lohn erarbeiten, damit sie sich später einmal eine Wohnung leisten können und ihre Kinder in diese

Jugendzentren schicken können, die mit Steuergeld finanziert werden. Mit dem Geld, welches diese drei Betriebe in Wels erwirtschaften.

Das ist eigentlich das Tragische: Viele Politiker haben immer noch nicht kapiert, wo das Geld herkommt, welches wir hier mit lockerem Handaufzeigen ausgeben. Dass dieses Geld erst erwirtschaftet werden muss von genau diesen Menschen, sollte sich schon zu allen Gemeinderäten herumgesprochen haben.

GR. Schönberger: Natürlich sind 4 Mio. Euro viel Geld, aber es ist sicher an dieser Stelle gut eingesetzt. StR. Lehner sagte es sehr deutlich, die Oberfeldstraße wurde für alle dort Wohnenden eine sehr schwierige Straße und die Lebensqualität in diesem Bereich nahm sicher in den letzten Jahren nicht zu. Für die dort angesiedelten Betriebe ist die Situation auch nicht einfach. Natürlich muss die Politik voraussehen. Das heißt, wenn sich Wirtschaftsgebiete nördlich der Autobahn entwickeln, müssen vernünftige Zu- und Abfahrten geschaffen werden, die nicht das Stadtgebiet und schon gar nicht die Bevölkerung in ihrer Wohnqualität belasten. Genau dafür werden diese 4 Mio. Euro verwendet.

Das Bekenntnis der Stadt sollte dorthin gehen, dass nicht nur vernünftig zu den Betrieben an- und abgefahren werden kann, sondern wir bieten von Wohngebieten „überwucherten“ Firmen günstige Flächen an, damit diese ausweichen können. Es ist eine sehr voraussehende und gute Angelegenheit, die unterstützt gehört. Deshalb sind diese 4 Mio. Euro gut für die Menschen in Wels investiert und nicht nur für ein paar Betriebe.

GR. Mag. Teubl: Danke Kollege Haböck für die Nachhilfestunde im ÖVP-Weltbild, allerdings war mir das vorher auch schon bekannt. Ich würde mir von eurer Seite und seitens der FPÖ wünschen die demokratischen Gepflogenheiten einzuhalten, dass nicht immer gleich polemisch oder demagogisch hingehauen werden muss auf die GRÜNEN, wenn wir eine andere Meinung vertreten. Das Wort Partei kommt vom lateinischen „pars“ und bedeutet „Teil“ der Bevölkerung. Wir vertreten einen Teil der Bevölkerung, der eine andere Auffassung hat - das wird doch wohl möglich sein. Es muss möglich sein, diese Auffassung in einem gesunden Wettstreit ohne Polemik auszutragen.

Zu der Frage der Finanzierung steht auf der Rückseite des Beschlusses: Bundesstraßenrücklageentnahme/Verkauf Aktien Allgemeine Sparkasse OÖ. Das heißt, das Familiensilber der Stadt Wels wird hier wieder angegriffen, die Millionen werden vom Verkauf des Aktienpakets, welches die Stadt Wels an der Sparkasse gehalten hat, finanziert. Insofern ist es eine Wirtschaftssubvention, über deren Sinnhaftigkeit gestritten werden kann. Aber es ist sicher nicht so, dass die Welser Betriebe diese Abfahrt finanzieren.

GR. Dr. Csar: Mir ist wichtig festzuhalten, Arbeitsplätze und Unternehmer sind wichtig in Wels. Ohne Arbeitsplätze kann Wels nicht florieren und sich weiterentwickeln. Deshalb müssen wir die Wirtschaft fördern, damit sich Unternehmer gerne in Wels ansiedeln und dementsprechend gehört die Infrastruktur gut ausgerichtet. Vor gut 20 Jahren hieß es, wir müssen den Straßenverkehr vermiesen, damit der Autoverkehr zurückgedrängt wird und alles tun, damit der Autoverkehr in der Innenstadt erschwert wird, Autobahnen verhindern etc. Dieses Denken hat sich bei einem Großteil der Bevölkerung jetzt verändert.

Leider, Herr Mag. Teubl, ist das noch nicht bei allen angekommen. Es ist eine Tatsache, wir haben in Wels einige groß angesiedelte Betriebe, in denen viele Arbeitnehmer eine Arbeit fanden und wo natürlich Zu- und Anlieferungen stattfinden. Das brauchen wir und das müssen wir unterstützen. Damit können wir weiterhin für Wels aktiv sein und insbesondere eine Finanzierung von verschiedenen Projekten ermöglichen.

Die Finanzierung dieses Autobahnanschlusses wird nicht von den Unternehmen oder den Betrieben, sondern von den Steuerzahlern getätigt, d.h. von jedem, der in Österreich Steuern bezahlt. Dafür brauchen wir uns nicht groß bei den Unternehmern bedanken, sondern wir alle leisten diesen Beitrag. Es ist für uns wichtig zu wissen, wir müssen sehr sparsam mit dem Geld umgehen. Das Kostendämpfungsverfahren wird in jedem Bereich - auch bei den Straßenbauprojekten - durchgeführt, damit nur das wirklich notwendige Geld ausgegeben wird.

Für eine moderne Zeit muss die Infrastruktur dementsprechend modern und neu sein. Wir brauchen nicht glauben, die LKWs lösen sich in Luft auf und kommen dort oder da zu den Unternehmen hin bzw. brauchen wir nicht glauben, es könnte mit dem Fahrrad abgewickelt werden. Daher müssen wir die entsprechenden Autobahnzu- und -abfahrten im Sinne der Bevölkerung errichten, sodass eine Entlastung der Anrainer erfolgt und die permanente Belastung mit Lärm, Abgasen und dergleichen hintangehalten wird. Wir sind einen großen Schritt zur Erhöhung der Lebensqualität in diesem Bereich vorwärtsgekommen. Danke, dass es auch in Wels möglich wird das Geld der Steuerzahler treuhänderisch gut, wertvoll und sinnvoll einsetzen zu können. Nur so können wir uns weiterentwickeln.

GR. Hufnagl: Die Wahrheit liegt wahrscheinlich wie immer irgendwo in der Mitte. Ich finde diese Autobahnanschlussstelle Wimpassing ist nicht nur lange geplant, sondern auch wichtig. Wichtig für dieses Gewerbegebiet außerhalb der Autobahn, für die dort angesiedelten Unternehmen oder für Betriebe, die sich noch ansiedeln wollen. Sie ist auch wichtig für das langfristige Wachstum der Stadt.

Die Autobahnanschlussstelle ist ebenso wichtig für die Bürgerinitiative Wimpassing, denn es wird dadurch eine langjährige Forderung der Bürger erfüllt. Ich gebe Kollege Lehner Recht, sie wird den Schwerverkehr aus der Innenstadt heraushalten, weil die LKWs direkt über diese Autobahnanschlussstelle auf die Autobahn fahren. Das entlastet die Oberfeldstraße und die Albrechtstraße.

Ich gebe allerdings dem Kollegen Mag. Teubl Recht, dass diese Autobahnanschlussstelle eigentlich wirklich fast nur für die Unternehmen da ist - das stört mich schon. Der Welser Bürger wird diese Anschlussstelle kaum nutzen können, weil östlich der Autobahn ein Kreisverkehr entsteht. Fährt man über die Brücke der Asfinag ab, kommt man zu diesem Kreisverkehr und kann nur in eine Stichstraße Richtung Sportzentrum fahren. Bei der Umkehrstelle können die Kinder aussteigen, man kann mit dem Auto umkehren und wieder zurückfahren. Das heißt, über die Autobahnabfahrt ist dieses neue Sportzentrum nicht erreichbar. Fußläufig schon, aber nicht der Parkplatz.

Ich finde es schade, denn wenn ich von Wels-Ost, Wels-Nord, Lichtenegg oder Noitzmühle komme, könnte ich doch sehr praktisch auf die Autobahn auf- und abfahren, parken, meinem Sport nachgehen und genauso wieder zurückfahren. Jetzt muss ich mich weiterhin durch das Gassl-Viadukt quälen oder durch die Albrechtstraße, die

Primelstraße fahren. Das ist keine Verbesserung für die dort wohnenden Menschen. Für Auswärtige wäre für einen Besuch einer Veranstaltung im Sportzentrum einfacher, wenn es eine Autobahnabfahrt gäbe direkt zum Parkplatz.

Im Westen kommt man beim neuen Kreisverkehr zu diesem Gewerbegebiet, allerdings nicht in die Albrechtstraße. In der bestehenden Straße gilt allgemeines Fahrverbot, deshalb können im Prinzip nur die Unternehmungen diese Anschlussstelle nutzen. Meine Befürchtung ist, dass die Menschen sich einen Ausweg suchen werden und bei der Fernreither Straße durch das kleine Viadukt bei der Fa. Schwimmbad Staudinger fahren, wodurch wahrscheinlich dort ein größeres Verkehrsaufkommen entstehen wird.

Ich höre es gibt einen längerfristigen Plan bei diesem Kreisverkehr im Westen anzuschließen mit einer neuen Unterführung und einem Anschluss an die B1. Das macht Sinn, deshalb sollten wir das Projekt so schnell als möglich angehen, weil dadurch die Bürger etwas von ihrem bezahlten Steuergeld haben und nicht nur die Unternehmen. Meine Bitte wäre das schnell anzugehen und noch einmal zu prüfen - wie ursprünglich geplant - im Osten den Anschluss von diesem neuen Kreisverkehr, von der Autobahnabfahrt zum Sportzentrum zu machen.

GR. Ganzert: Die Position der SPÖ-Fraktion betreffend Autobahnabfahrt A 8 Wimpassing ist ohnehin bekannt. Wir begrüßen diese zusätzliche Autobahnabfahrt natürlich, weil es dort neue Betriebsbaugelände und dadurch neue Arbeitsplätze gibt. Der Verkehr wird auf ein höherrangiges Straßennetz geführt werden.

Ich möchte dem Vorredner widersprechen. Es gibt im Gemeinderat Mandatäre, die Nutznießer dieser neuen Autobahn sind und in einem Wohngebiet ganz in der Nähe wohnen. Diese müssen nicht mehr über die Oberfeldstraße, über Wels-Nord oder Wels-West fahren und beim Gassl-Viadukt zusätzlichen Verkehr erzeugen, sondern können schneller abfahren. Die Ziele - Entlastung der Oberfeldstraße, Entlastung des bereits bestehenden Verkehrs - hörten wir bereits von StR. Lehner. Aber auch die Entstehung von zusätzlichem Verkehr durch neue Betriebe mit ihren Mitarbeitern kann gleich über die neue Abfahrt abgesogen werden.

Lieber Kollege Hufnagl, wenn du sagst das Sportzentrum ist nicht angebunden, hast du einiges in der letzten Periode verpasst. Geplant war die Autobahnabfahrt zu Beginn anders. Es gab eine Bürgerinitiative, ein jahrelanges Verfahren und den Beschluss an dieser Stelle keine Anbindung zu errichten. Würde ich dieses Sportzentrum nach deinen Vorstellungen anbinden, wäre beim neuen Kindergarten in der Mohnstraße ein sehr hohes Verkehrsaufkommen. Es ist aber natürlich möglich von dieser Autobahnabfahrt in die Stadt zu kommen. Es muss jeder für sich selbst entscheiden welche Verkehrsführung für ihn die geeignetste ist. Dass ich aber nur abfahren kann und es der einzige Weg ist wieder auf die Autobahn aufzufahren, ist eine Fehlinformation. Man kommt sehr wohl in die Stadt, denn sonst könnte die Oberfeldstraße nicht entlastet werden und diese bräuchte wieder einen eigenen Anschluss.

Mir hat die Aussage von Dr. Csar sehr gut gefallen: „Das Geld dafür kommt von den Steuerzahlern.“ Kollege Haböck hingegen schießt sich dabei immer sehr auf die Unternehmer und deren Mitarbeiter ein. Der Haushalt der Stadt Wels wird zum größten Teil aus Bundesertragsanteilen finanziert. Das heißt, diese Anteile sind Vermögen des Bundes. Dieser hebt von allen Steuern ein, vor allem Umsatzsteuer oder Lohnsteuer.

Das sind Steuern, die für jeden von uns anfallen und über das Umlageverfahren einlangen. Die Körperschaftssteuer ist leider im Bund nicht so hoch wie wir sie gern hätten (Gruppenbesteuerung, Steuerschlupflöcher in der EU) und auch die Kommunalsteuer ist in der Stadt Wels nicht sehr hoch. Ich möchte das nur festhalten, weil immer geglaubt wird, die Unternehmer zahlen sich das selbst.

Es gibt Raumordnungsverträge und ein großes Engagement dafür. Aber im Endeffekt sind es die Steuerzahler, die alles dafür tun, damit eine Infrastruktur zur Verfügung steht, die einer modernen Stadt gerecht wird.

GR. Hufnagl: Ich hätte wirklich gerne gewusst, wie gefahren werden soll, weil ich nur abfahren und diese Umfahrungsstraße außerhalb der Autobahn nutzen kann. Es gibt keine andere Möglichkeit. Aber wenn du mir einen Weg zeigst, werde ich in Zukunft diesen benutzen.

Die Befürchtungen der Bürgerinitiative verstehe ich, deshalb war mein Ansinnen die existierende Straße westlich der Autobahn, bei der zur Zeit ein Fahrverbot besteht, zu öffnen und schnell die Anbindung mit einer neuen Unterführung zur B 1 zu schaffen.

Wir hörten heute schon von Projekten, wie Bücherbus und Jugendzentren, die sich über Jahre hinwegziehen. Deshalb sollten wir den Takt etwas erhöhen, weil es für die Bürger nicht verständlich ist, warum solche Vorhaben Jahrzehnte bis zu ihrer Realisierung brauchen.

Vzbgm. Kroiß: Ich darf Kollege Hufnagl vorschlagen, mit dem Herrn Baudirektor und dem Verkehrsreferenten Kontakt aufzunehmen, denn diese sind in den Plänen bestens involviert.

Bgm. Dr. Rabl: Es war nicht beabsichtigt über diesen Tagesordnungspunkt eine dermaßen intensive Diskussion zu führen, deshalb habe die Einleitungswort extra kurz gehalten, um keinen Ansatzpunkt für eine umfangreiche Diskussion zu geben. Es bleibt mir jetzt nichts anderes übrig, als ein paar Anmerkungen zu machen. Lieber Kollege Mag. Teubl, die GRÜNEN überraschen mich heute das zweite Mal. Zuerst weil sie eine Frauenförderung ablehnten und jetzt, weil sie gegen alles sind, was eigentlich Programm der GRÜNEN ist.

Wir wissen eine Autobahnauffahrt reduziert den Lärm. Ich dachte, die GRÜNEN sind für Lärmschutz - jetzt sind sie dagegen. Wir wissen, die GRÜNEN sind für weniger Abgase. Eine Autobahnauffahrt erzeugt weniger Abgase im Stadtzentrum, weil die überregionalen Verkehrswege schneller erreicht werden - jetzt sind sie dagegen. Ich dachte, die GRÜNEN sind für weniger Verkehr in der Stadt. Genau das macht eine Autobahnauffahrt, sie reduziert den Verkehr in der Stadt - jetzt sind sie dagegen. Ich dachte, die GRÜNEN sind für mehr Sicherheit im Verkehr - jetzt sind sie dagegen.

All das ist für mich nicht nachvollziehbar und immer wenn es eine Bürgerinitiative gibt, die gewisse Projekte kritisch beäugt, waren die GRÜNEN auf Seiten der Bürgerinitiative. Diese Bürgerinitiative will aber gerade diese Auffahrt, weil dadurch weniger Lärm und Abgase, mehr Sicherheit und weniger Verkehr entstehen. Was machen die GRÜNEN? Sie sind dagegen, auch gegen die Bürgerinitiative. Das sind für mich überraschende Dinge. Das ist aber nicht unsere Angelegenheit, sondern eine Meinung. Wir befinden uns

im Ideenwettbewerb und es ist zulässig einmal andere Ideen zu vertreten, als die, die man sonst hat. Wenn es nützlich ist, ist das auch durchaus erlaubt.

Betreffend Finanzierung möchte ich festhalten, ausschließlich die Welser Unternehmer mit ihren zahlreichen Mitarbeitern zahlen pro Jahr ca. 40 Mio. Euro Kommunalsteuer. Die Bundesertragsanteile setzen sich aus unterschiedlichen Steuern, wie der Körperschaftsteuer, mit ca. 7 Mrd. Euro zusammen. Wels erhält auch von diesem Teil einen erheblichen Brocken. Unabhängig davon finde ich es eigenartig zu meinen, eine Autobahnabfahrt sei nur für eine spezielle Spezies, d.h. für in Wimpassing angesiedelte Unternehmer und deren Mitarbeiter. Autobahnabfahrten werden von allen genützt, die glauben mit diesem Verkehrsweg schneller oder bequemer an sein Ziel zu kommen, weshalb eine derartige Beschränkung nicht vorgesehen und nicht geplant ist. Ich kann versprechen, es kann jeder diese Autobahnabfahrt verwenden, egal ob er in der Umgebung wohnt, seine Kinder zum Sportzentrum bringt oder in sein Unternehmen zur Arbeit fährt. Eine Beschränkung nur auf die Unternehmer in Wimpassing ist nicht geplant.

Wichtig erscheint mir ein bisher untergegangener Aspekt. Die GRÜNEN beschwerten sich in den letzten Jahren regelmäßig darüber, dass die Budgets der Stadt Wels zu wenig Investitionen vorsehen, weil Investitionen Arbeitsplätze schaffen und es dadurch einen wirtschaftlichen Aufschwung gibt. Wir wissen alle, die besten Investitionen sind solche, die in die Zukunft gerichtet sind. Dazu zählen u.a. Investitionen in die Bildung - wer Bildung hat, ist am Arbeitsmarkt erfolgreicher. Innovation ist wichtig für unsere Unternehmer. Als zweiten zukunftsreichen Bereich zählen Investitionen in unsere Infrastruktur. Auch das wurde von den GRÜNEN mehrfach betont und für richtig empfunden. Jetzt machen wir genau das von den GRÜNEN in ihrer letzten Budgetsitzung Geforderte, indem wir in die Infrastruktur einen erheblichen Betrag investieren. Es werden hunderte Arbeitsplätze an dieser Baustelle nachhaltig geschaffen. Jetzt passt es wieder nicht. Ich weiß nicht mehr, was dieser Gemeinderat beschließen sollte, damit die GRÜNEN es nicht kritisieren.

Investieren wir etwas, wird es kritisiert. Investieren wir nichts, wird es auch kritisiert. Tun wir etwas für den Umweltschutz, wird es kritisiert und tun wir nichts, wird es auch kritisiert. Ich glaube, man sollte nicht so sehr auf diese Bedenken eingehen, sondern den vorgezeichneten Weg - einen Zukunftsweg für Wels - weitergehen und diese Anschlussstelle auch beschließen. Nur dann ist eine Erschließung dieses Gebietes insgesamt erfolversprechend und nur dann eine zukünftige Entwicklung, ein Wachstum in Wels insgesamt zielführend. Ich bin der Meinung, diese Mittel sind gut eingesetzt für die Stadt.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) aller Gemeinderatsfraktionen wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

StR. Reindl-Schwaighofer verlässt um 17.45 Uhr die Sitzung.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

18.)

Autobahnanschlussstelle A 8 Wels – Wimpassing;
Finanzierungsübereinkommen (Vereinbarung betreffend
Zuschuss zur Errichtung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing
an die A 8 Innkreis-Autobahn)
BauD-401-2007

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss vom 20.06.2017:

Das Finanzierungsübereinkommen (Vereinbarung betreffend Zuschuss zur Errichtung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing an der A8 Innkreis Autobahn) betreffend den Zuschuss zur Errichtung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing an der A8 Innkreisautobahn in der Höhe von € 3,662.797,-- zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, das sind € 732.559,40, somit gesamt € 4,395.356,40, zwischen der Stadt Wels, Stadtplatz 1, und der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft, Rotenturmstraße 5-9, 1010 Wien, wird beschlossen.

GR. Mag. Teubl: Sehr gerne nutze ich die Gelegenheit hier ein wenig zu replizieren auf die zu diesem Thema gekommenen Argumente. Zuletzt wundere ich mich etwas über den Herrn Bürgermeister, der von Sachargumenten spricht, aber immer dann, wenn es um die GRÜNEN geht, plötzlich zu Höchstform aufläuft, sich ungeheuer echauffiert und mit polemischen Aussagen um sich wirft, dass es eine Freude ist. Ich habe fast den Eindruck, wir sind die schärfsten Konkurrenten bei der nächsten Wahl. Das wäre schön, aber ich glaube, das wird nicht ganz so sein.

Es wurde gesagt, die Bürgerinitiative sei für die Anschlussstelle Primelstraße gewesen. Das ist natürlich haarstäubender Unsinn, denn ich war von Anfang an bei dieser Bürgerinitiative dabei. Diese war überhaupt nicht für eine Anschlussstelle. Sie hat nur versucht, als bekannt wurde, dass diese Anschlussstelle gebaut wird, das Schlimmste zu verhindern. Das Schlimmste wäre gewesen, über die Primelstraße diese Anschlussstelle zu befahren. Das hätte den Verkehr auf der Albrechtstraße enorm erhöht.

Dann hieß es, die Albrechtstraße wird durch diese Autobahnauffahrt entlastet. Wie soll diese entlastet werden durch eine Autobahnauffahrt, die ausschließlich über die Vogelweiderstraße erreichbar ist? Das wird nicht funktionieren. Der Bürgermeister meinte, die Anschlussstelle sei eine Umweltschutzmaßnahme. Da bekomme ich fast einen Lachkrampf. Jede Anschlussstelle – noch dazu eine Anschlussstelle, die ein Betriebsbaugebiet erschließt – bringt mehr LKWs auf die Autobahn und so wird auch die A 8 bei dieser Anschlussstelle mit noch mehr LKW-Verkehr kämpfen müssen. Das bedeutet für die Anrainer in der Primelstraße und in der Albrechtstraße, sie bekommen noch mehr Lärm von der Autobahn ab, denn hier gibt es keine vernünftigen Lärmschutzmaßnahmen. Ein Thema, welches heute noch einmal zur Sprache kommen wird.

Die Bürgerinitiative hat - wie richtig erwähnt - beim Sparen geholfen, weil sie darauf aufmerksam machte, es gibt eine Brücke, die benützt werden kann. Der Stadtplanung ist das offensichtlich nicht aufgefallen. Angeblich wird die Oberfeldstraße entlastet. Kann mir jemand sagen, warum die LKW's der Vereinigten Fettwarenindustrie oder der Firma Teufelberger zunächst nach Norden und dann nach Westen fahren sollen, wenn sie nach Osten wollen? Diese werden weiterhin über die Oberfeldstraße Richtung Wels-Nord fahren.

Anschließen muss ich auch an das vom Kollegen Hufnagl Gesagte betreffend der Anbindung an die B 1. Die Alternative zum Bau dieser Anschlussstelle wäre gewesen, dieses Betriebsbaugebiet unmittelbar und sofort über eine Verbindungsstraße an die B 1 anzuschließen, um damit die bereits bestehende 300 Meter entfernte Anschlussstelle Wels-West nutzen zu können. Dann hätten wir uns diese ganze Auffahrt erspart.

Bei den Investition kann ich mich nicht erinnern die GRÜNEN hätten verlangt diese in Infrastrukturmaßnahmen zu tätigen. Aber eines ist klar, der Straßenbau führt zu nichts anderem als zu Verkehr. Jede neue Straße schafft mehr Verkehr. Wer das noch nicht begriffen hat, hat in der Verkehrspolitik noch gar nichts begriffen. Wir haben in Wels z.B. die Industriegeleise herausgerissen und damit die tatsächlich umweltfreundliche Alternative zum Straßengütertransport - die Möglichkeit Betriebe an das Gleis anzuschließen - für das gesamte Industriegebiet zerstört. An Stelle dessen hätte man sich überlegen können, ob man von der Westbahn auch ein Industriegeleise in Richtung neues Betriebsbaugebiet plant.

Aber da ist der Zug im wahrsten Sinn des Wortes abgefahren, denn der Zug spielt im Gütertransport einfach keine Rolle mehr, nachdem jahrzehntelang der Straßengütertransport gefördert wurde und entsprechende Straßenbaumaßnahmen tätigte, um möglichst viel auf die Straße zu bringen. Vielleicht sollte bei Planungsmaßnahmen überlegt werden, ob es nicht schlauer wäre die Betriebe dort anzusiedeln, wo Autobahnanschlussstellen sind und nicht umgekehrt, Autobahnanschlussstellen zu bauen, wo Betriebe angesiedelt werden. Ich weiß, das ist im Stadtgebiet von Wels nicht möglich. Wir fordern daher seit langem, dass die Kommunalsteuer nicht in dieser Form auf die einzelnen Gemeinden anwendbar sein soll, dass es eine gemeindeübergreifende Planung gibt, wie es mit dem Wirtschaftspark Wels jetzt zum Teil realisiert ist. D.h. wir müssen nicht jeden Betrieb genau in unserem Stadtgebiet haben, wenn er entlang der Westautobahn viel besser aufgehoben wäre.

Das würde für mich vorausschauende Planung sein. Eine Planung, die möglichst viel an Flächen spart, die wir nicht mehr in allzu großem Ausmaß innerhalb des Stadtgebietes haben. Eine Planung, die die Dinge dorthin stellt, wo sie sinnvoll zu errichten sind und nicht eine Planung, bei der zuerst etwas erschlossen wird mit viel Mühe und viel Geld, dann auch noch die Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen danach ausrichten muss und dafür noch 8 Mio. Euro ausgegeben werden, damit der Straßengüterverkehr, den man eigentlich verringern möchte, möglichst gute Bedingungen vorfindet.

GR. Taitl: In der Gemeinderatssitzung vom 06. Juli 2015 wurde aufgrund von Bürgerinteressen die Planung für die Autobahnabfahrt A 8 Wimpassing geändert. Die Absichtserklärung mit der ASFINAG wurde aufgehoben. In Punkt 37 wurde die geänderte Absichtserklärung beschlossen. Aufgrund zahlreicher Anfragen von ansässigen und auswärtigen Firmen bezüglich Betriebserweiterungen und Betriebsansiedelungen

benötigt die Stadt Wels dringendst neue Betriebsbauflächen. Im Bereich Wimpassing/Oberthan wurden bereits entsprechende Umwidmungen vorgenommen. Daher ist die Anbindung an die Autobahn unbedingt erforderlich, um den Schwerverkehr aus den Wohngebieten fernzuhalten. Die Stadt Wels beschloss mit der ASFINAG eine Absichtserklärung betreffend Zuschuss zur Errichtung der Anschlussstelle in Wimpassing.

Durch Organisationsänderungen der ASFINAG ist es jetzt möglich die Variante mit Einbeziehung der bestehenden Autobahnbrücke bei der Autobahnmeisterei zu planen. Nach Beschlussfassung der Verordnung und der Absichtserklärung der Stadt Wels wurden die Planunterlagen von der ASFINAG ergänzt, das UVP-Verfahren für die Auffahrt erstellt und zur Genehmigung beim Ministerium im April 2017 eingereicht. Es wurden geringfügige Änderungen der Projektunterlagen vorgenommen. Die Planung und Errichtung der Anschlussstraßen erfolgt durch die Stadt Wels. Mit dem Land OÖ wurden Gespräche zur Förderung der Anschlussstelle geführt.

StR. Hoflehner: Ich glaube es ist notwendig, dass wir Verkehr und Mobilität großräumiger sehen. Diese Entwicklung hat inzwischen im Bundesland Fuß gefasst. Der zeitliche Verlauf ist natürlich immer ein gewisser Hemmschuh. Ich habe versucht zu erwähnen wie lange solche Vorlaufzeiten sind. Insgesamt glaube ich, dass wir im Verkehrsbereich hoffentlich einen Paradigmenwechsel vor uns haben. Es wird nicht einfach werden. Wesentlich muss der Verbund mit den umliegenden Regionen und Gemeinden sein. Diese 1996 begonnene Geschichte findet nun mit diesem Beschluss das Ende.

Der Antrag zu Punkt 18. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS)
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Humer und GR. Mag. Sönser sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

19.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Flächenwidmungsplan Nr. 5/2015, Änderung Nr. 13
BZ-BauR-5019-2015

Der Antrag (Anlage 21) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 19.06.2017, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (13. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) beschließen.

Einstimmig angenommen.

20.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 209/1.12 (Stadtteil Lichtenegg)
BZ-BauR-6022-2016

Der Antrag (Anlage 22) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 19.06.2017, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 209/1.12 (Stadtteil Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

21.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 409/1.3 (Stadtteil Neustadt)
BZ-BauR-6007-2017

Der Antrag (Anlage 23) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 19.06.2017, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 409/1.3 (Stadtteil Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Mag. Parzmayr ist bei der Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 19. bis 21. nicht im Sitzungssaal anwesend.

22.)

Stadt Wels, Betriebsbaugebiet Oberthan; Errichtung von
Hochwasser-Schutzbauten und Beistellung von Transportfahrzeugen
BauD-BauW-1001-2014

Der Antrag (Anlage 24) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 19.06.2017:

1. Die Umsetzung der mit Bescheid der Behörde nach dem Wasserrechtsgesetz vom 9.12.2016 bewilligten Hochwasserschutzmaßnahmen durch die Stadt Wels wird grundsätzlich genehmigt.
2. Die Beistellung von Transportfahrzeugen wird zu den Bedingungen und Preisen des Angebotes vom 01.03.2017 bis zu einer Nettosumme von € 69.498,-- zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, d.s. € 13.899,60, somit insgesamt € 83.379,60, an die Firma Felbermayr Bau GmbH & Co KG, Wels, vergeben.
3. Die mittelbewirtschaftende Dienststelle wird ermächtigt die vorangeführte Auftragssumme um 10 % für Unvorhergesehenes im Bedarfsfalle zu überschreiten.

GR. Taitl: Die Wels Betriebsansiedlungs-GmbH erwarb für die Ansiedelung von neuen Betrieben im Bereich des Autobahnanschlusses Wels-Wimpassing Grundstücke. Bei der Erstellung des Gefahrenzonenplanes für den Grünbach wurde festgestellt, dass bei extremen Hochwasserereignissen das gesamte Gebiet überflutet wird. Für die Umwidmung in Betriebsbaugelände müssen dementsprechende Hochwasserschutzmaßnahmen getätigt werden. Es ist vorgesehen das zukünftige Betriebsbaugelände flächig um 10-35 cm anzuheben, zudem werden fünf Retentionsbecken errichtet.

Die WBA nahm eine grundbücherliche Teilung und unentgeltliche Abtretung ins öffentliche Gut vor, sodass die Hochwasserschutzbauten im Wesentlichen auf Grundstücken der Stadt Wels errichtet werden. Die Eigenleistungen der Straßenmeisterei sind Beistellung von Baumaschinen, Radladern, Mobilparkern, Grader und Personal. Die Fremdleistung erfolgt durch Anmieten von Transportfahrzeugen. Die Bestimmungen des Wasserbaufördergesetzes sehen keine Förderung vor.

GR. Mag. Sönser: Die Ausführungen von Herrn StR. Lehner bedürfen einer gewissen Verstärkung und Ergänzung. Wir sprachen bereits darüber, ein Gesamtkonzept wäre erforderlich gewesen, um den Hochwasserschutz für den gesamten Raum sicherzustellen. Und das sehr frühzeitig, weil die jetzige Vorgehensweise sehr kostenintensiv ist, kein Gesamtkonzept darstellt und damit die Frage nicht insgesamt beantwortet. Das ist für die Entwicklung des gesamten Raumes von Bedeutung, weil das Einzugsgebiet wesentlich größer ist als das, welches jetzt als Fleckerlteppich sozusagen „step by step“ mit den Intensionsräumen dargestellt wird. Ein weiterer fachlicher Aspekt, der hier leider nicht mehr zum Zug kommt, ist die Frage der Retention im Oberliegerbereich. Diese sinnvollen und erforderlichen Retentionen werden jetzt nicht errichtet, sondern man beschränkt sich darauf an Ort und Stelle einzelne Bereiche abzusichern.

Fachlich möchte ich anmerken, es ist ein Problem, wenn der verantwortlichen Stadt enorme Kosten entstehen und dadurch laufend nur Detailprojekte umgesetzt werden können. Das ist eine kritische Anmerkung, weil die Diskussion für die gesamte Raumentwicklung bereits zum damaligen Zeitpunkt entstanden ist und damals hätte man eine Lösung in Angriff nehmen können.

StR. Lehner: Danke für die Unterstützung durch die Wortmeldung von Mag. Sönser. Das große Problem ist, es ist nicht nur das Welser Stadtgebiet betroffen. Wir brauchen die

Zustimmung der Grundstückseigentümer. Wir wissen, es hätte eine bessere Lösung gegeben - aber das ist nun die realisierbare Lösung.

Der Antrag zu Punkt 22. der Tagesordnung wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

Vzbgm. Huber, GR. Mag. Parzmayr und GR. Schönberger sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

StR. Hoflehner verlässt um 18.10 Uhr die Sitzung.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Ganzert

23.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
kommunales Investitionsgesetz des Bundes; Prüfung
der geplanten Ausgaben der Stadt Wels; Resolution
DI-Verf-2026-2017

GR. Ganzert: Dieser Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit dem kommunalen Investitionsgesetz des Bundes. Es geht darum, dass der Österreichische Nationalrat erst vor kurzem beschloss, die Gemeinden heuer und 2018 mit insgesamt 175 Mio. Euro zu fördern, wenn sie in neue Bauprojekte investieren. Durch diese Initiative sollen 8.500 neue Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. Es lässt sich dadurch eine Folgeinvestition von ca. 750 Millionen Euro erwarten. Das bedeutet, für 1 Euro, der für Bundesmittel eingesetzt wird, kommen im Endeffekt 4 Euro der Wirtschaft zugute.

Wenn eine Gemeinde - sprich Wels - in ein neues Projekt investiert, werden 25 % der Investition gefördert werden. Das Ganze begann mit 01.01.2017. Im Antrag ersichtlich - förderwürdig sind z.B. Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Seniorenbetreuung. Abbau von baulichen Barrieren, Sportstätten und Freizeitanlagen, Investitionen in den öffentlichen Verkehr und in öffentlichen Wohnraum, thermische Sanierung, in Abfallentsorgungsanlagen, Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungseinrichtungen.

Es soll uns einfach gelingen mit diesem Antrag ein klares Zeichen an den Bund zu senden. Die Stadt Wels ist aufgefordert entsprechend nachzusehen, welche Möglichkeiten es gibt um Bundesmittel zu lukrieren. Für die Stadt Wels sind rund 1,2 Mio.

Euro vorgesehen, die durch den Investitionsschub des Bundes direkt von der Stadt Wels abgeholt werden können. Ich bitte allenfalls um Debatte, jedenfalls um Beschlussfassung

Der Initiativantrag (Anlage 25) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Peter Sönser

24.)

Initiativantrag aller Gemeinderatsfraktionen und der NEOS
betreffend Überprüfung der Schlägerungen/Fällungen im
Bereich des Grünstreifens entlang des Autobahnringes und
Implementierung einer neuen Vorgehensweise „Modellprojekt
Lärmschutz Wels“; Resolution
DI-Verf-2027-2017

GR. Mag. Sönser: Alle Fraktionen sind der Meinung Lärmschutz ist ein wichtiges Thema. Das sahen wir bereits in der heutigen Diskussion rund um die Autobahnauffahrt und -abfahrt. Der Antrag dient dazu Lärmschutz als Thema der Stadt und ihrer Bürger deutlich zu machen, mit dieser Resolution an die ASFINAG heranzutreten, inwieweit man hier zu einer kurzfristigen Lösung der zur Zeit stattfindenden Fällungen kommen kann bzw. wie längerfristig mit dem Lärmschutz an der Autobahn insgesamt umgegangen werden soll.

Der Vorschlag in der Resolution ist ein Modellprojekt zu entwickeln, um sich einen Abschnitt an der Autobahn anzusehen und gemeinsam mit der ASFINAG darüber nachzudenken, wie diese Lösungen besser entwickelt werden können. Bisher wurde nur das getan, was getan werden musste. D.h. die Abstockung bzw. die Fällung durchgeführt. Mittelfristig sollen Lösungen bzw. ein Modellabschnitt entwickelt werden.

Ich halte diese Resolution deswegen für wichtig, weil wir sie gemeinsam beschließen, da bezüglich der Autobahnabfahrt in Wimpassing ein UVP-Verfahren ansteht. Es ist wichtig, dass die Standortgemeinde sich gegenüber der ASFINAG klar deklariert, Lärmschutz hat Teil eines Autobahnprojektes zu sein, um die umliegenden Anrainer vor diesen Lärmentwicklungen besser schützen zu können. Hier geht es um viele Fragestellungen vor allem in technischer Art und Weise. Wie sieht technischer Lärmschutz modern aus? Um dieses Signal an die ASFINAG zu senden, ersuche ich um ihre Zustimmung.

StR. Lehner: Ein kurzes Statement auch meinerseits zu diesem Antrag, der natürlich auch von der ÖVP-Fraktion mitgetragen wird. Der Lärmschutz für die betroffenen Welser ist sehr wesentlich. Initiativen seitens der Stadt und seitens der Politik halte ich für notwendig. Beim Antrag irritierte mich, es wird hier von Schlägerungen und Fällungen

gesprochen. Ich bin kein Land- oder Forstwirt, kenne dieses Thema aber als „Zurücksetzen auf den Stock“. Das heißt, die Büsche als Straßenbegleitgrün wachsen relativ schnell wieder nach. Es wurde hier nicht der Wald gemordet, sondern er wurde zurückgeschnitten und entwickelt sich zukünftig wieder als Straßenbegleitgrün.

Faktum ist, Lärm wird dann intensiv wahrgenommen, wenn er auch gesehen wird. Die Initiative, technisch besser mit Lärmschutz in diesem Bereich umzugehen, ist wirklich sehr wichtig. Die ASFINAG hat vor und nach diesem Sicherungsschnitt eine Lärmmessung bei ähnlichen Bedingungen an ähnlichen Standorten durchgeführt. Es wurde festgestellt, es gab objektiv messbar keine Veränderung der Lärmsituation. Im Gegenteil - es kam bei ähnlichen äußeren Bedingungen zu einer kleinen Reduktion des Lärms – rein vom technisch gemessenen Lärm. Objektiv wissen wir alle, Lärm, den man sieht, nimmt man wahr. Daher ist es wichtig einerseits dieses Signal an die ASFINAG auszusenden, andererseits müssen wir hier mit einem Partner – die ASFINAG ist in vielen Bereichen Partner der Stadt Wels – seriös kommunizieren und gemeinsam technische Lösungswege finden, die unsere Anrainer in der Stadt Wels schützen.

GR. Schiefermayr: Natürlich ist Lärmschutz ein großes Thema und wenn wir zuerst die Autobahnanschlussstelle Wimpassing ins Treffen führten, so kann ich nur sagen, Lärm ist dort, wo er wahrgenommen und gesehen wird. Da gebe ich Herrn StR. Lehner vollkommen Recht. Deklariert man sich als Anrainer von Wimpassing, ist es ganz klar, dass zwischen diesen beiden entstehenden Autobahnabschnitten ca. 30 bis 40 Meter der Verkehr sichtbar ist und eine extreme Lärmentwicklung stattfinden wird, gerade bei günstigen Windverhältnissen. Wir - hoffentlich der gesamte Gemeinderat - werden uns dieser Resolution vollinhaltlich anschließen.

GR. Hufnagl: Wir von den NEOS schließen uns natürlich dieser Resolution vollinhaltlich an. Mich sprachen sehr viele Bekannte, Verwandte und Freunde auf die radikale Abholzung an. Das heißt, man zog sich hier wirklich den Unmut der Bevölkerung zu. Dieses Signal - die Bevölkerung heißt diese Vorgehensweise nicht gut - sollte auch in die Resolution aufgenommen und eine andere Lösung gefunden werden.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

GR. Mag. Sönser: Den Herrn Bürgermeister habe ich vergessen zu erwähnen. Er hat dieses Vorhaben unterstützt, mit mir die ersten Gespräche darüber geführt und in einer Besprechung dazu beigetragen diese Frage weiterzuentwickeln. Es ist sehr wichtig, dass der Bürgermeister einer Standortgemeinde in einem UVP-Verfahren für Lärmschutz eintritt.

Lieber Peter, aus meinem Spezialbereich, dem Forstgesetz, muss ich dir sagen, die Fällung ist ein terminus technicus. Die Fällung ist jene Abfolge der Abstockung, die du vorhin erwähntest, die vorher stattfindet. Das heißt, es hat ganz wichtige Hintergründe, warum diese Fällungen in dieser Form stattfinden. Das ist keine Polemik gegen die ASFINAG, diese betreibt das bundesweit in dieser Form auch aus Sicherheitsgründen.

Es kommt hier ein wesentlicher Aspekt zum Ausdruck, damit wir schauen auf welchem Stand der Technik ist der Lärmschutz um die Stadt Wels derzeit. Diesen Aspekt kann

man im Einvernehmen mit der ASFINAG sehr wohl in einer Verhandlung lösen und sich verständigen.

Der Initiativantrag (Anlage 26) aller Gemeinderatsfraktionen und der NEOS wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Subvention Davis Cup an die Matchmaker Kommunikations GmbH & Co KG
DI-Verf-2029-2017

Vzbgm. Kroiß: Es geht bei diesem Dringlichkeitsantrag um die Subvention für den Davis Cup. In der Stadt Wels finden heuer sehr viele sportliche Großereignisse statt, wie beispielsweise die Schlussetappe der Österreich-Radrundfahrt, das Internationale Tennisjugendweltranglistenturnier G1, ein Futur-Tennisturnier und vieles mehr. Nach 1991 und 2001 wird die Stadt Wels zum dritten Mal Gastgeber in einer Davis-Cup-Begegnung sein.

Österreich spielt vom 15. bis 17. September gegen Rumänien auf der Anlage des UNION-Tennisclubs in der Rosenau. Auch der Tennissuperstar Dominic Thiem wird in Wels spielen. Mit ihm als Aushängeschild erwarten die Veranstalter rund 10.000 Besucher und Wels steht damit sportlich weltweit im Rampenlicht. Wegen der medialen Aufmerksamkeit wird die Stadt Wels aber sicher auch vor Ort profitieren. Die Geschäfte, Gastronomie und Hotellerie werden durch diese Großveranstaltung verstärkte Umsätze haben. Ich freue mich, dass wir diesen sportlichen Leckerbissen nach Wels ziehen konnten, damit sich Wels als Sport- und Veranstaltungsort positionieren kann.

Natürlich kostet eine solche Veranstaltung viel Geld und der Veranstalter benötigt eine finanzielle Unterstützung. So wie das Land Oberösterreich eine Zusage machte, soll dem Veranstalter, der Matchmaker Kommunikations GmbH & Co KG, eine Subvention – analog der Landesförderung – in Höhe von € 100.000,- gewährt werden. Für diese Förderung erhalten wir natürlich im Gegenzug Leistungen. Die Dringlichkeit ergibt sich, weil das die letzte Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause ist und die Veranstaltung Mitte September stattfindet. Ich ersuche um Zustimmung.

GR. Ganzert: Danke für die Einbringung dieses Antrages. Uns war zu Beginn nicht klar, warum es ein Dringlichkeitsantrag sein muss und nicht eine Vorausverfügung oder dergleichen. Wir stehen natürlich voll und ganz hinter dem Davis Cup. Es ist selbstverständlich bei solchen Großveranstaltungen, dass Geld von der Stadt Wels fließen muss, um diese entsprechend durchführen zu können. Wir freuen uns in gewisser Art und Weise, dass bei der FPÖ-Fraktion scheinbar ein Paradigmenwechsel eingetreten ist. Ich erinnere zurück an den World-Energy-Globe. Eine Veranstaltung mit annäherndem Ausmaß an Zusehern und Werbewert. Diese Veranstaltung brachte die

Stadt Wels auch außerhalb von Österreich in die Schlagzeilen. Damals war die Meinung der FPÖ noch eine andere. Bei annähernd gleichem Betrag war dafür kein Geld da und man hat sogar die Veranstaltung mit dem Besuch boykottiert.

Wir freuen uns schon auf den Davis-Cup und hoffen es gelingt uns an diesem Großkampftag mit seinen vielen Veranstaltungen im Stadtzentrum einen ordentlichen Verkehrsfluss zu gewähren, weil neben dem Davis-Cup auch das Volksfest stattfindet.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Wir sind somit am Ende dieser Tagesordnung angelangt. Vor den Sommerferien möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, ihnen allen zu danken, vor allem meinen Regierungskollegen, die sehr tolle Arbeit leisteten. Wir haben heute alleine über 5 Mio. Euro an Projekten für die Stadt Wels beschlossen.

Herr Kollege Mag. Teubl, ab und zu ist die Polemik die Würze einer politischen Auseinandersetzung. So bin ich davon überzeugt, dass wir alle eine gute Gesprächsbasis pflegen können und in diesem Saal Interesse haben zum Wohl der Stadt Wels tätig zu werden.

Wir alle sind für Lob empfänglich – auch ich im Übrigen – und können uns gegenseitig für Leistungen, die wir in diesem Rahmen erbringen, durchaus hin und wieder loben. Ihnen allen wünsche ich schöne Ferien, viel Erholung mit ihren Familien und kommen sie erholt und gesund aus dem Urlaub zurück. Damit ist diese Sitzung geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 13.11.2017 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.